

Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Arbeitspapier Nr. 11

Ho-Geun Lee

Regulationstheoretische Überlegungen zur Krise der EG

FEG Arbeitspapiere

Nr. 1: Frank Deppe, Zur Diskussion über die Entwicklung der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der EG unter dem Einfluß des "Binnenmarktes '92". Vorläufige Informationen und Überlegungen,

(Februar 1990) UKB 10 DM (vergriffen)

Nr. 2: Hans-Ulrich Deppe/Uwe Lehnhardt, Gesundheitswesen zwischen supranationalen Politikstrukturen und einzelstaatlicher Regelungskompetenz. Zu einigen gesundheitspolitischen Aspekten der westeuropäischen Integration,

(Mai 1990) UKB 6 DM (vergriffen)

Nr. 3: Peter Imbusch, 1992. Die Folgen der Vollendung des EG-Binnenmarktes für europäische und außereuropäische Migranten,

(Januar 1991) UKB 7 DM (vergriffen)

Nr. 4: Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92,

(März 1991) UKB 10 DM

Nr. 5: Robin Jacobitz, Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik,

(August 1991) UKB 7 DM (vergriffen)

Nr. 6: Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik,

(März 1992) UKB 12 DM (vergriffen)

Nr. 7: Hans-Jürgen Bieling, Brita Bock, Frank Deppe, Karen Schönwälder, Migration, Arbeitsmarkt, Regulation - unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes in Hessen,

(Januar 1993) UKB 15 DM

Nr. 8: Michael Felder, Die Problematik europäischer Industriepolitik am Beispiel JESSI,

(Januar 1993) UKB 13 DM

Nr. 9: Frank Deppe/Klaus Peter Weiner, The "1992 Single Market" - National Labour Relations and Trade Unions in Western Europe,

(Marburg/Lahn 1992)

Nr. 10: Frank Deppe/Michael Felder, Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG),

(September 1993) UKB 15 DM

Nr. 11: Ho-Geun Lee, Regulationstheoretische Überlegungen zur Krise der EG,

(Januar 1994) UKB 13 DM

Nr. 12: Gudrun Hentges/Karen Schönwälder (Hg.), Zukunftsprojekt Europa: Die abgeschottete Union?

(Januar 1994) UKB 15 DM

Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Arbeitspapier
der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)
Nr. 11

Ho-Geun Lee

Regulationstheoretische Überlegungen zur Krise der EG

Marburg 1994

ISBN 3-8185-0152-1

FEG am Institut für Politikwissenschaft

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der

Philipps-Universität Marburg

Wilhelm-Röpke-Str. 6

35032 Marburg

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	7
2. Europäische Krisendimensionen.....	8
2.1. Krise der Legitimation.....	8
2.2. Die Krise des Europäischen Währungssystems.....	10
2.3. Strukturelle Krisenelemente der Weltwirtschaft	12
2.4. Auswirkungen der deutschen Vereinigung und der Transformation Osteuropas.....	14
2.5. Neue sicherheitspolitische Identitäten	15
3. Verschiedene integrationstheoretische Erklärungen und ihre Defizite	16
4. Regulationstheoretische Erklärungsansätze der EG-Integration und ihrer Krisenmerkmale	21
4.1. Methodologische Grundlagen.....	21
4.2. Strukturwandel der Weltwirtschaft und die Herausbildung eines europäischen Regulationssystems	22
4.2.1. Fordismuskrise und EG-Integration	22
4.2.2. Postfordistische Umgestaltung in Westeuropa	25
4.2.3. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgemeinschaft?	28
4.2.4. Von der hegemonialen Ordnung zur posthegemonialen (Un)ordnung	32
4.2.4.1. Monetäre Integration nach "Bretton Woods": Aufstieg und Erosion des EWS-Systems	32
4.2.4.2. Das "Modell Deutschland" in der Krise: hegemoniale Ambitionen ohne Substanz ?	35
4.2.4.3. Internationale Handelsbeziehungen am Scheideweg - zwischen "regionaler Liberalisierung" und globalem "managed trade"	39
5. Ein neues europäisches Gesellschaftsprojekt ?	43



1. Einleitung

Europa zeigt sich zu Beginn der 90er Jahre in zwei entgegenlaufenden Bewegungen zerrissen. Im Osten beschleunigt sich der gesellschaftliche Desintegrationsprozeß, während im Westen die EG mit dem Maastrichter Vertrag zum qualitativen Sprung nach vorn ansetzt. Dieses Urteil trifft nur zum Teil zu. Zwar ist es zutreffend, daß die Transformation der ehemals realsozialistischen Planwirtschaften in kapitalistische Marktökonomien von schwer zu bewältigenden Nationalitätenkonflikten begleitet wird, daß Wachstum und Beschäftigung dramatisch zurückgehen und insgesamt ein unüberschaubares Chaos vorherrscht. Unzutreffend ist allerdings die positive Erwartung eines qualitativen Sprungs in Westeuropa. Statt dessen ist die EG-Integration in eine Entwicklungskrise geraten. Die zweite Volksabstimmung in Dänemark, der knappe Wahlausgang in Frankreich und auch der umkämpfte Ratifizierungsprozeß in England¹ zeigen, daß der Vertrag von Maastricht mit wenig Begeisterung und Euphorie aufgenommen wird. Auch das späte Urteil des bundesdeutschen Verfassungsgerichts trug noch dazu bei, Zweifel am eingeschlagenen Weg der EG-Integration zu mehren. Das Gericht hat zudem das Gewicht nationalstaatlicher Entscheidungsinstanzen bestätigt.²

Worin liegen die Ursachen für solch kritische Stimmungen gegenüber der europäischen Integration? Zunächst bezieht sich die Diskussion über die Stagnationsprobleme und die unsichere Perspektive der weiteren Integration auf den Maastrichter Vertrag; denn dieser bestimmt formell und inhaltlich den Fortgang der EG. Sein zeitlicher Stufenplan, der primär die Schritte zur Währungsunion festlegt, ist jedoch umstritten. Für viele bildet der Vertrag von Maastricht eine konsequente Fortentwicklung des bereits in den fünfziger Jahren gewählten Integrationsansatzes.³ Überblickt man jedoch die Geschichte der westeuropäischen Integration, so ist zu bezweifeln, ob die ursprünglichen politischen Entstehungsgründe und Zwecke der Integration (Bollwerk gegen die Sowjetunion, politische Kontrolle Deutschlands und die wirtschaftliche Konkurrenz sowie politische Kooperation mit den USA) heute noch unverändert fortbestehen. Für die erneute Krise der Integration scheinen die veränderten Zusammenhänge nicht unbedeutend zu sein.

Folgende Punkte sind daher zu berücksichtigen: a) der Strukturwandel des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, b) die Globalisierung des politisch-ökonomischen Zu-

1 "Großbritannien hat am Montag (2.8.93, H-G.L.) den Vertrag von Maastricht ratifiziert. (...) Nach einem quälenden monatelangen Hin und Her wurde der Weg frei, nachdem der ehemalige Chefredakteur der 'Times', Lord Rees-Mogg, darauf verzichtet hatte, gegen ein Urteil des Londoner Obergerichts (...) Berufung einzulegen. Das Gericht hatte den Versuch Rees-Moggs, die Ratifizierung zu blockieren, abgewiesen." Handelsblatt vom 3.8.1993, S. 1.

2 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes überantwortet dem Bundestag und der Bundesregierung die Kontrolle des Unionsvertrags (EUV): "Die Bundesrepublik Deutschland unterwirft sich mit der Ratifikation des Unions-Vertrags nicht einem unüberschaubaren, in seinem Selbstlauf nicht mehr steuerbaren 'Automatismus' zu einer Währungsunion; der Vertrag eröffnet den Weg zu einer stufenweisen weiteren Integration der europäischen Rechtsgemeinschaft, der in jedem weiteren Schritt entweder von gegenwärtig für das Parlament voraussehbaren Voraussetzungen oder aber von einer weiteren, parlamentarisch zu beeinflussenden Zustimmung der Bundesregierung abhängt." Zit.n. FR vom 13.10.1993, S. 5.

3 "Treffender als Art. 23 Abs. 1 GG n.F. (neue Fassung, H-G.L.) mit seinem Versuch, staatsrechtliche Strukturen auf die Europäische Union zu übertragen, charakterisiert wohl der erste der neuen Europa-Artikel der französischen Verfassung (Art. 88-1) die Union und die Gemeinschaft als Einheiten, von Staaten konstituiert, die sich freiwillig entschlossen haben, nach Maßgabe der entsprechenden Verträge einige ihrer Hoheitsrechte gemeinsam auszuüben. Die Offenheit des Grundgesetzes für zwischenstaatliche Souveränitätsbeschränkungen legt ihrerseits nahe, nationale und Gemeinschaftskompetenzen nicht antagonistisch zu sehen, sondern komplementär." Thomas Opperman/Claus Dieter Classen, Europäische Union: Erfüllung des Grundgesetzes, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/93, 9. Juli 1993, S. 20.

sammenhangs, c) die Veränderung internationaler Hegemonialkonstellationen, sowie d) die "weltgeschichtliche Zäsur" von '89. Überdies müssen die einzelnen Akteure (Nationalstaaten, TNKs, Eurokrat, Gewerkschaften etc.), ihre Handlungen, die Artikulation ihrer Interessen und die bestehenden Regulationssysteme (Gesetze, Normen, Institutionen, Verhaltensweisen, Unternehmensnetzwerke etc.) berücksichtigt werden. Erst aus dem Zusammenspiel dieser Momente können sinnvolle integrationstheoretische Schlußfolgerungen abgeleitet werden. Die Zukunft der Integration ist allerdings nur schwer voraussehen; denn nach wie vor handeln zwölf heterogene Nationalstaaten auf der Grundlage disparater sozio-ökonomischer Entwicklungsniveaus ihre unterschiedlichen Interessen, d.h. Kompromißlösungen, aus. Die zwischenstaatlichen Beziehungen im EG-Raum werden also nicht nur auf der Grundlage äußerer struktureller Sachzwänge entschieden. Sie sind stets auch vom Konvergenzgrad der nationalen Interessen, die auf eigenständigen Akkumulations- und Regulationsbedingungen basieren, abhängig. Notwendig ist also eine Integrationstheorie, die ökonomische, soziale, politisch-institutionelle und ideologische Aspekte umfaßt. Ebenso sind historische, aber auch handlungs- wie strukturtheoretische Dimensionen des EG-Wandels mit einzubeziehen.

2. Europäische Krisendimensionen

2.1. Krise der Legitimation

Zunächst stellt sich die Frage, worin die Krise der EG-Integration eigentlich besteht? Auf der phänomenologischen Ebene stellt sich dabei die Frage nach der Legitimation des mit Maastricht beschrittenen Integrationsweges. Wenn man die Umfragen über die Perspektiven der EG-Integration von vor zwei Jahren mit denen von heute vergleicht, ist eine auffällige Veränderung zu erkennen. Besaßen zu Beginn des Jahres 1991 noch mehr als 70% der Gemeinschaftsbevölkerung eine positive Einstellung hinsichtlich der EG-Integration, findet sie nunmehr nur bei ca. 50% Unterstützung.⁴

Die Angst vor Souveränitätsverlust, das Wohlstandsgefälle, die Vernachlässigung der sozialen Dimension, das Demokratiedefizit sowie die Bürokratisierungstendenzen gelten allgemein als Faktoren, die die Grundlagen der Legitimation untergraben haben; die Anti-Integrationsstimmung hat die innere Kohärenz der Gemeinschaftspolitik entscheidend geschwächt: "Im Gegen-Lager finden sich vornehmlich die Modernisierungsverlierer, die Unterprivilegierten, die fürchten, daß das Maastricht-Europa ihre Situation keineswegs verbessert, wie es ihnen versprochen wird."⁵ Hinter dem Spannungsverhältnis von Nationalstaat und supranationalen Institutionen verbergen sich also innergesellschaftliche Konflikte. Zudem mangelt es dem EG-System an demokratischen Entscheidungsprozessen und institutioneller Transparenz. Die vorherrschenden Tendenzen zu Bürokratisierung und zum Eurokratismus haben sich noch verstärkt: administrative Effizienz dominiert auch künftig vor realen Partizipationsmöglichkeiten. Im Blick auf den Integrations- und Entscheidungsprozeß erleichtert der Maastrichter Vertrag also keineswegs die Einflußnahme gesellschaftlicher Kräfte. Im Gegenteil, sie sollen mit dem Primat der Ökonomie diszipliniert werden.

4 Nach einer Umfrage im Juni 1993 würden 53% der Befragten bei einer Volksabstimmung für Maastricht votieren. Vgl. Die Woche vom 1.7.1993.

5 G. Ziebur, Nationalstaat, Nationalismus, supranationale Integration: Der Fall Frankreich, in: Leviathan, Heft. 4, 1992, S. 488.

In der Schwächung der etablierten demokratischen Institutionen kann demnach das Zentrum der Legitimationskrise verortet werden: "Während das Ja-Lager dabei ist, den tradierten Nationalstaat in Frage zu stellen, ohne es offen zuzugeben und die Alternative zu benennen, weiß das Nein-Lager, daß es eben diesen Nationalstaat braucht, freilich ohne an ihn zu glauben. Das ist der Kern der Krise."⁶ Wollen die nationalstaatlichen Einheiten, die auf unterschiedlichen Interessen und heterogenen Strukturen basieren, über den "permissive consensus" hinaus zum wirkungsvollen Konsens von WWU und Politischer Union gelangen, so setzt das auf der supranationalen Ebene einen ökonomisch-politischen Ausgleich auf hohem Niveau, d.h. den institutionellen Ausbau und die materielle Umverteilung, voraus.

Demzufolge stellt sich die Frage, ob und wie der Maastrichter Vertrag diese Anforderungen umschließt und erfüllt. Die größten Zweifel resultieren daraus, daß er als ein Projekt des Kapitals konzipiert ist, das sich vor allem auf die Triadekonkurrenz richtet und eine Politik der weltmarktorientierten Modernisierung verfolgt.⁷ Dies galt bereits für das Binnenmarktprojekt, das durch die Freizügigkeit von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Personen die Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten verbessern wollte. Heute spitzen sich jedoch die negativen Begleiterscheinungen dieser Entwicklung zu, zumal der Vertrag von Maastricht die regionalpolitischen Dimensionen - ausgedrückt im Struktur-, Regional- und Kohäsionsfonds - nur stiefmütterlich behandelt. Die gesamte sozialpolitische Dimension, d.h. gewerkschaftliche, ökologische, sozial orientierte Ziele etc. sind weiterhin marginalisiert.⁸

Die im Maastrichter Vertrag dargestellte Integrationsform ist keineswegs sozial, demokratisch und ökologisch. Gleichwohl geht die einfache Entgegensetzung von "entweder Integration oder Rückkehr zum Nationalstaat" der Problemstellung nicht auf den Grund. Außerdem ignoriert die pauschale Ablehnung den Stand der wechselseitigen Verflechtung von Ökonomie und Politik in Westeuropa. Vor allem in den Bereichen von Handel, Produktion, Direktinvestitionen, Währung, Technologie und Sicherheitspolitik ist das Leitbild nationalstaatlicher Autarkie illusionär. Realistischer ist es hingegen, die Frage zu stellen, in welcher Form und bis zu welcher Grenze die Integration gestaltet werden sollte. Den Ausgangspunkt sollte dabei die Feststellung liefern, daß die im Maastrichter Vertrag konkretisierte Integrationsform mit den Legitimationsansprüchen "von unten" - d.h. den Ängsten, materiellen Sorgen, Bedürfnissen, Vorbehalten wachsender Bevölkerungsgruppen - kollidiert; diese Spannung ist zu einem wichtigen Krisenelement der Integration geworden.

6 Ebd., S. 489.

7 Vgl. M. Bonder/B. Röttger, Eurovisionen - Triadepolitik oder gesellschafts- und strukturpolitische Neuordnung Europas, in: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft (SPW) 1/93, S. 26.

8 Vgl. den Maastrichter Vertrag, Titel VIII, Art. 117-129, (Sozialpolitik etc.) Titel XI, Art. 129a, (Verbraucherschutz) Titel XXI, Art. 130r, 130s, 130t (Umwelt). In der Auseinandersetzung über die "Gemeinschaftscharta für soziale Grundrechte" und das "Sozialpolitische Aktionsprogramm" der Gemeinschaft widerstreiten zwei idealtypische Konzepte: dem Wettbewerbskonzept, das für die nationale Konkurrenz sozialpolitischer Regulierungen plädiert, steht das Harmonisierungskonzept gegenüber, das sich für einen einheitlichen sozialen Rechtsrahmen und die Angleichung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften ausspricht. Vgl. K. Busch, Umbruch in Europa, Köln 1991, S. 265. Hierbei konkretisiert sich Deppe zufolge die strategische Konvergenz "nicht in einer institutionellen Harmonisierung oder gar in transnationalen Regelungsformen, sondern in einer Diversität nationaler Politiken in der EG", die allerdings auf eine parallele Restrukturierung der nationalen Ökonomien mit den Ziel der weltmarktorientierten Modernisierung gerichtet ist." F. Deppe, Die Dynamik der europäischen Integration und die Arbeitsbeziehungen, in: ders./K.P. Weiner (Hrsg.), Binnenmarkt '92. Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Europa, Hamburg 1992, S. 17.

2.2. Die Krise des Europäischen Währungssystems

Eine zweite Krisendimension bildet die Funktionskrise des Europäischen Währungssystems. Die Turbulenzen im EWS seit September 1992 erinnern an Erfahrungen in den 70er Jahren. Auch damals verfolgte der "Werner Plan"⁹ die stufenweise Umsetzung der WWU, wurde dann aber rasch von der ungleichmäßigen Kapitalakkumulation zwischen der EG-Ländern unterhólt: "Im Laufe des Jahres 1973 zeichnete sich immer deutlicher ab, daß der für 1974 geplante Übergang in die zweite Stufe der WWU auf keinen Fall realisierbar war. Weder hatte zwischen den EG-Ländern die geplante Abstimmung über die Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedsländer stattgefunden, noch war das monetäre Integrationskonzept angesichts des Ausscherens Großbritanniens und Italiens erfolgreich."¹⁰ Das Spannungsverhältnis zwischen Nationalstaat und supranationaler Regulierung löste sich angesichts der herausziehenden wirtschaftlichen Rezession zugunsten der nationalstaatlichen Antikrisenstrategie. Der Weg zur gemeinschaftlichen Wirtschafts- und Währungsunion war folglich blockiert.

Die Herausbildung des EWS im Jahr 1979 bedeutete eine erste Abkehr von der Renationalisierung der Wirtschaftspolitik. Die Vorteile einer abgestimmten Geldpolitik lagen dabei primär in der Minimierung von Währungsschwankungen: "As the supply of the dollar rose to finance ever more unbalanced activity, its value collapsed and its holders turned to the deutschemark and other currencies. Nineteen seventy-nine was the year of the 180 degree turn for 'experts' and governments alike who, no longer feeling it possible to sustain growth through demand management, resolved to restore confidence among creditors whose capital was melting away. They tightened credit to get rid of 'lame ducks', thereby favouring firms with a competitive future. They dismantled collective agreements and the welfare state in an effort to restore to profits and 'therefore' investment."¹¹ In der Folge der Internationalisierung des Kapitals sollten also die Grenzen des traditionellen Krisenmanagements durch eine supranationale Währungskooperation kompensiert werden.

Die Entwicklung des EWS bis 1987 kann als Geschichte der Aufwertung harter Währungen, vor allem der D-Mark, charakterisiert werden. Im Gegensatz dazu wurden der französische Franc und die italienische Lira wiederholt abgewertet, um das wachsende Handelsbilanzdefizit zu korrigieren und die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Anders verhielt es sich mit Deutschland und den Niederlanden. Ihre Währungen sorgten gegenüber äußeren Einflüssen für die Stabilisierung und den Ausgleich der Kapitalströme. Die Hartwährungen waren für den zunehmenden Handels- und Kapitalverkehr in der EG vor allem deswegen wichtig, weil sich die Dollarschwankungen - nach dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods kam es zu frei floatenden Wechselkursen - als ein großer Störfaktor erwiesen. Erst der äußere Ausgleich ermöglichte die erfolgreiche Etablie-

9 "Im Bereich der Werner-Gruppe schlug sich der Disput zwischen 'Monetaristen' und 'Ökonomen' in einem Kompromiß nieder. In dem Drei-Stufen-Plan zur Errichtung einer WWU schlug der Werner-Bericht eine strenge Parallelität von wirtschafts- und währungspolitischer Integration vor (...) Im Frühjahr 1972 unternahmen EG-Staaten einen neuen Anlauf zur Realisierung der ersten Etappe der WWU. Der Ministerrat beschloß, die Bandbreite der Wechselkursschwankungen zwischen den EG-Währungen auf +1,125% festzulegen, während die im Smithsonian-Agreement festgelegte internationale Schwankungsbreite bei +2,25% lag (...) Die Währungen der Beitrittsländer Großbritannien und Dänemark schlossen sich dem seit April 1972 praktizierten System an." K. Busch, Nationalstaat und Europäische Integration - Strukturelle Probleme des Integrationsprozesses in der Europäischen Gemeinschaft, in: Hartmut Elsenhans u.a. (Hrsg.), Frankreich - Europa - Weltpolitik, Festschrift für Gilbert Zieburg zum 65. Geburtstag, Opladen 1989, S. 262ff

10 Ebd., S. 264.

11 Vgl. A. Lipietz, The Debt Problem, European Integration and the New Phase of World Crisis, in: New Left Review, Nr. 178, 1989, S. 39.

rung des EWS; zugleich erfolgte damit die Umstellung von der nachfrage- auf die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik.¹²

Während der Wechselkursmechanismus gegen die Unsicherheiten des Dollars auf den Devisenmärkten nach außen erfolgreich sein konnte, hatte er innen eher einen Zuwachs der Leistungsbilanz in den "harten" Währungsländern als eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in den schwachen Währungsländern zur Folge. Trotz unterschiedlicher Konjunktorentwicklung und der verstärkten Disproportionen zwischen den nationalen Ökonomien wurden die Währungsparitäten seit '87 lange Zeit nicht mehr korrigiert. In der Folge entfernten sich die Realwerte zwischen den Währungen voneinander.

Der Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus und die deutsche Vereinigung bilden den entscheidenden Wendepunkt. Mit dem zunehmenden Ressourcentransfer (Kapital, Waren, Technik etc.) in die osteuropäischen Länder und dem enormen Finanzbedarf, den die Transformation Ostdeutschlands verschlingt, wurde die Funktion des EWS über Gebühr belastet. Zudem hat die deutsche Bundesbank mit ihrer Hochzinspolitik eine rücksichtslose Stabilitäts- und Anti-Inflationspolitik betrieben. Auf den Finanzmärkten geriet die D-Mark unter Aufwertungsdruck und die Spannungen innerhalb des EWS nahmen zu. Indem die Bundesbank die Forderungen der anderen Zentralbanken nach Zinssenkung außer Acht ließ, setzte sie wichtige Währungen wie den Franc, die Lira und das Pfund einer massiven Spekulationsgefahr aus. Zwar hat Großbritannien mit der Veränderung des Tageszinses von 10% auf 15% und wieder auf 12% dem Verkaufsdruck des Pfunds entgegenzuwirken versucht, letztlich konnte es den Druck aber nicht mehr abwehren und verließ im Herbst 1992 das EWS. Italien beschritt nach vergeblichen Versuchen, mit einem höheren Diskontsatz von 13.25% auf 15% die Lira zu stabilisieren, denselben Weg. Danach verschärfte sich die EWS-Krise trotz der vorläufigen Scheinruhe. Im Sommer 1993 sahen sich Spanien und Portugal gezwungen, die Peseta und den Escudo zwei- bzw. dreimal abzuwerten. Erst als die Schwankungsbreiten des EWS am 1. August 1993 auf +/- 15% ausgedehnt wurden - dies bedeutete die faktische Auflösung des Systems politisch regulierter Wechselkurse - sank das "Spekulationsfieber".

Dies alles geschieht zu einem Zeitpunkt, in dem der Prozeß in Richtung WWU mit der Vollendung des einheitlichen Binnenmarktes eigentlich beschleunigt werden sollte. Aber nicht nur das EWS steht zur Disposition. Unter den Bedingungen wachsender Haushaltsdefizite ist eine einheitliche Fiskalpolitik, eine durchschlagende Anti-Inflationspolitik und Geldmengenkontrolle, alles Vorbedingungen der WWU, in weite Ferne gerückt. Solange die Konzeption der WWU vor allem auf der beschränkten Autonomie nationalstaatlicher Wirtschafts- und Geldpolitik, einem stabilen Wechselkursmechanismus und freiem Kapitalverkehr beruht, zeugt die stärkere Gewichtung nationaler Interessen von einer Blockade oder Krise der EG-Integration. In der Rezession- und Abschwungphase verlieren kooperative Maßnahmen auf gemeinschaftlicher Ebene an Bedeutung.

Aus der Sicht des Kommissionspräsidenten, Jaques Delors, lehrte die ökonomische Theorie, "daß man nicht drei Dinge auf einmal haben kann: freien Kapitalverkehr, feste

12 "Das Ziel der Stabilisierung der Außenwerte der beteiligten Währungen ist durch dieses System von Fixkursen mit Schwankungsmargen einigermaßen erreicht worden: Vierzehn mal - zuletzt am 8.10. 1990 - wurden die bilateralen Wechselkurse geändert. Dabei konzentrierten sich die Leitkursänderungen auf die Zeit vor 1987. Seit 1987 sind die Notenbanken dazu übergegangen, auch innerhalb der Schwankungsmarge zu intervenieren, um die Kursentwicklung zu stabilisieren (intramarginale gegenüber obligatorischen Interventionen). Italien verzichtete seit 1990 auf die größere Schwankungsmarge. England nahm seit 1991 an dem System teil und konnte zusammen mit Spanien und Portugal die +/- 6%-Schwankungsmarge nutzen. Die künstliche Währungseinheit ECU hat immer mehr an Relevanz gewonnen." R. Hickel, Programm EG '99: Ziele und Stufen zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), in: Memo Forum No. 19, Bremen 1992, S. 88.

Wechselkurse und eine autonome Geldpolitik. Auf eines der drei Elemente muß man verzichten."¹³ Darüber hinaus weist er darauf hin, daß bei einem Mittelweg zwischen flexiblen und festen Wechselkursen die schwächeren Währungen ständig dem Risiko spekulativer Attacken ausgesetzt sind.¹⁴ Ohne eine tragfähige Auflösung dieser Problemstellung scheint die Integrationsblockade nicht greifbar zu sein.

2.3. Strukturelle Krisenelemente der Weltwirtschaft

Eine dritte Dimension der EG-Integrationskrise stellt die weltwirtschaftliche Rezession, von der insbesondere die EG betroffen ist, dar. Bereits seit den 70er Jahren verlangsamte sich die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik; zugleich synchronisierten sich die Konjunkturzyklen der verschiedenen OECD-Staaten. Äußere Wachstumsimpulse, die durch einen Boom anderer Länder die Rezession milderten und verkürzten, blieben nunmehr aus.¹⁵ Die konjunkturellen Rezessionserscheinungen sind nicht zuletzt aufgrund der Strukturkrisen ganzer Branchen (vor allem die Stahl- und Automobilindustrie) und Regionen in einem umfassenderen Kontext zu verorten. Einige Ökonomen interpretieren die anhaltenden Entwicklungsblockaden als Phänomene der strukturellen Überakkumulation.¹⁶

Die gesellschaftlichen Auswirkungen der abgeschwächten Wachstumsdynamik sind gravierend, zumal die Antikrisen- und Modernisierungsstrategien, wenn sie unter sozialpolitischen Aspekten betrachtet werden, in den letzten 15 Jahren wenig erfolgreich waren. Obwohl sich das Wachstum der Industrieländer in der zweiten Hälfte der 80er Jahre erholen konnte¹⁷, haben sich Beschäftigung und Wachstum voneinander entkoppelt. Die Wachstumsrate der Reallöhne stagnierte¹⁸ und die Arbeitslosigkeit verharrte - insbeson-

13 J. Delors, Entwicklungsperspektiven der Europäischen Gemeinschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1, 1 Jan. 1993, S. 7. Für ihn ist die Aufhebung der Kontrollen für den Kapitalverkehr eine der Voraussetzungen für die europäische Wirtschaftsintegration. Unter diesen Umständen bleibe "nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: Entweder kehrt man wieder zu flexiblen Wechselkursen zurück; das bedeutet Instabilität, Wettbewerbsverzerrungen und früher oder später die Zerschlagung des europäischen Binnenmarktes. Oder man fixiert unwiderruflich die Wechselkurse und verzichtet auf nationale Geldpolitiken, was faktisch nichts anderes ist als die Einführung einer gemeinsamen Währung."

14 Ebd., S. 7.

15 Dies gilt, so Bischoff/Menard, auch für die heutige ökonomische Konstellation. In diesem Zusammenhang stellen sie daher fest, "daß der Übergang vom 9. Konjunkturzyklus der Nachkriegsära (1987-91) in eine neue Akkumulationsperiode langwieriger und schwieriger ausfällt als in der Krisenphase (1980-82)." J. Bischoff/M. Menard, Weltwirtschaft ohne Schwung, in: Sozialismus, 1/1993, S. 20.

16 M. Aglietta begreift diesen Begriff von "Überakkumulation" folgendermaßen: "There is an overaccumulation of capital when the constraint of the full realization of the value newly created by society can no longer be effected by way of the organic exchanges between the two departs of production (...) The tendency to uneven development is a macroeconomic feature of the law of accumulation. It imposes itself on relations of market competition, and can only be neutralized by social transformations that depend on the evolution of the class struggle. This is why it is legitimate to speak of a metastable equilibrium in characterisierung the constraint of the full realization of value. The overaccumulation of capital marks the rupture of this equilibrium. It opens a phase of major disturbances in the form of a financial crisis." M. Aglietta, A Theory of Capitalist Regulation - The US Experience, London 1979, S. 356.

17 Altwater charakterisiert die weltwirtschaftliche Boomphase in den 80er Jahren als eine "kreditfinanzierte und auf diese Weise verlängerte Aufschwungsphase." Vgl. E. Altwater, in: Freitag vom 27.11.1992, S.6. Ähnlich argumentieren auch J. Bischoff/M. Menard, a.a.O. S. 22.

18 A. Glyn zufolge ist die Wachstumsrate der Reallöhne in der OECD zwischen 1979 und 1987 im Vergleich zum Zeitraum zwischen 1973 und 1979 ca. um 2% (umgerechnet von der Tabelle OECD National Account) zurückgegangen. A. Glyn, The Costs of Stability: The Advanced Capitalist Countries in the 1980s, in: New Left Review, Nr. 195, 1992, S. 75.

dere in der EG¹⁹ - auf hohem Niveau. Für das Jahr 1992 ist damit zu rechnen, daß das Wachstum des BIP in der EG bei ca. 2% liegt, 1993 aber um 4% zurückgeht. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit bildet folglich ein zentrales strukturelles Krisenelement, zumal die Akkumulationsbedingungen sich keineswegs grundlegend verbessert haben und der beschrittene Weg der Rationalisierungs- und Strukturanpassungspolitik nicht verlassen wird. Daher ist zu erwarten, daß die Gesamtarbeitslosigkeit in der EG von derzeit 11.3% auf 11.7% bis zum Ende des Jahres 1993 ansteigt und im kommenden Jahr die 12%-Marke übersteigt. In absoluten Zahlen ausgedrückt bedeutet dies etwa 20 Millionen Arbeitslose.

Verstärkt werden diese Erwartungen durch den weiteren staatlichen Rückzug aus der Beschäftigungs-, Sozial- und Wohlfahrtspolitik. Auch zukünftig ist kaum davon auszugehen, daß durchgreifende Maßnahmen auf nationalstaatlicher und gemeinschaftlicher Ebene - z.B. eine Kehrtwende in der Wirtschafts- und Strukturpolitik - die Bedingungen für Wachstum, Beschäftigung und Realeinkommen verbessern. Für die EG-Peripherie stellt sich die Situation noch schwieriger dar: Irland muß mit einer Arbeitslosenquote von 18.9%, Spanien mit 21.2% fertig werden. In Deutschland überschreitet die Arbeitslosenquote in diesem Jahr 7% im Westen und liegt bei 14.4% im Osten. Auch hier werden die Arbeitslosen immer mehr zum gesellschaftlichen Desintegrationsfaktor. Selbst wenn es zu einem rasch einsetzenden Wirtschaftsaufschwung käme, könnte die desolote Beschäftigungslage nicht ohne weiteres verbessert werden: im Osten vollzieht sich ein Wandel hin zu kapital- und weniger arbeitsintensiven Investitionen, während im Westen Formen eines "lean employment" (Stellenabbau und Rationalisierung) zu beobachten sind.²⁰

Überdies kommt gegenwärtig die verlangsamte Tendenz in der Wachstumsrate der Kapitalrentabilität wieder zum Vorschein. Noch in den 80er Jahren hatte sie sich durch die Reduktion der realen Lohnstückkosten und den Anstieg der Kapitalproduktivität beträchtlich erholt.²¹ Die Kapitalrentabilität geht also erneut zurück und ergreift nicht nur die traditionellen industriellen Kernsektoren wie Chemie, Maschinenbau, Automobilindustrie etc., sondern auch die Zukunftsindustrien, d.h. den Mikroelektronik-, Computer-, Robotik- und Telekommunikationsbereich einschließlich der Unterhaltungselektronik.

Infolge gesättigter Märkte für standardisierte Massenprodukte hat sich die Konkurrenz zwischen den Triademächten, d.h. den USA, Japan und der EG - einige Schwellenländer mit eingeschlossen -, zum Verdrängungswettbewerb zugespitzt. Nur das Land und die Region werden wirtschaftlich Anschluß halten, die ausreichend Investitionen mobilisieren und innovative Technologien hervorbringen können. Die Engpässe in der Kapitalverwertung streben gewissermaßen auf einen Wendepunkt zu. Darüber hinaus bleibt unter den

19 Die Beschäftigungskrise in der EG erreichte 1985 das höchste Niveau mit 11.8% Arbeitslosen, konnte dann in der zweiten Hälfte der 80er Jahre bis 1990 etwas gemildert werden. Die Arbeitslosenrate sank auf 8.5%, bevor sie ab 1991 wieder zu steigen begann. Der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit ist, so K. Busch mit Bezug auf die EG-Kommission, auf folgende drei Elemente zurückzuführen: 1) nahm in den achtziger Jahren die Teilzeit- stärker als die Vollzeitbeschäftigung zu. "70 Prozent der zwischen 1983 und 1987 neu geschaffenen Arbeitsplätze in der EG waren Teilzeitarbeitsplätze"; 2) konzentrierte sich das Wirtschaftswachstum in den achtziger Jahren noch stärker auf den Dienstleistungssektor als bereits schon im vorangegangenen Jahrzehnt; 3) verminderten die sinkenden Lohnstückkosten die Tendenz, Arbeitskraft durch Kapital zu substituieren. Vgl. K. Busch, Binnenmarkt 1992 - Herausforderung für die Gewerkschaften, in: F. Deppe/K.-P. Weiner, Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92, FEG Arbeitspapier Nr.4, Marburg 1991, S. 37f.

20 Vgl. das Interview mit dem künftigen Chef des IWH (Instituts für Wirtschaftsforschung Halle) Rüdiger Pohl, in: Handelsblatt, 27/28. 08, 1993, S. 5.

21 "Die Kapitalrentabilität, die in den siebziger Jahren gegenüber den sechziger Jahren sehr stark abgefallen war, steigt seit 1982 wieder kontinuierlich an und erreichte 1990 fast 90 Prozent des Durchschnittswertes von 1961 bis 1973." K. Busch, Binnenmarkt 1992 - Herausforderung für die Gewerkschaften, a.a.O, S. 37.

verschlechterten Kapitalverwertungsbedingungen keine der Triademächte von den zunehmenden Kosten verschont, die infolge der immer stärker verkürzten technologischen Innovationszyklen entstehen. Folglich benötigen sie jenseits aller Konkurrenz auch eine gemeinsame Strategie in Fragen der Technologieentwicklung und der Sicherung der Absatzmärkte.²² Daher bildet sich nicht nur ein konkurrierendes, sondern auch ein kooperierendes Verhältnis heraus, besonders in sog. "strategischen Allianzen".

Während der 80er Jahre wurde die Schwäche der EG in den Hochtechnologiebereichen, insbesondere in der Mikroelektronik-, Informations-, und Kommunikationsindustrie, immer deutlicher. Aufgrund der geschwächten Produktionsstruktur verschlechterte sich gegenüber der Weltmarktkonkurrenz die Handelsbilanz. Daraufhin sah sich die EG gezwungen, über einschneidende Schritte einen Aufholprozeß einzuleiten: a) durch die Beseitigung wettbewerbsmindernder Hindernisse innerhalb des EG-Bereichs (nicht tarifliche Handelshindernisse, Produktnormen, diskriminierende Praktiken bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, Subventionen, Kapitalverkehrsbeschränkungen, etc.); b) durch eine gemeinsame Wirtschafts- und Handelspolitik nach Außen; und c) durch gemeinsame Forschungs-Projekte wie Esprit, Eureka, Brite, Jessi und Race etc.

Obwohl viele Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kapitalverwertung eingeleitet wurden, vermochten sie keine durchschlagende Wende in der Integrationsdynamik herbeizuführen. Nach wie vor erschweren Hindernisse den innergemeinschaftlichen Kooperationsprozeß. Ungleiche Entwicklungsniveaus, das Übergewicht bestimmter Regionen, unterschiedliche Politikstrategien und die Konkurrenz um wirtschaftliche Ressourcen ließen verstärkt die konfligierenden Interessen verschiedener sozialer Kräfte hervortreten. Zunächst als Erfolg gefeierte vertragliche und gesetzliche Regelungen stehen erneut zur Disposition, denn in der aktuellen wirtschaftlichen Lage gewinnen die divergierenden Wünsche von national und transnational orientierten Kapitalstrategien an Bedeutung. Gemeinsame Zielsetzungen treten in den Hintergrund; nationale Lösungswege werden hingegen verstärkt bevorzugt. Beispielhaft stehen hierfür die Interessenkonflikte zwischen Frankreich, Deutschland und Großbritannien hinsichtlich der Uruguay-Runde des GATT oder die per Alleingang angestrebte Einigung Deutschlands mit den USA über die öffentliche Auftragsvergabe im Telekommunikationsbereich.²³

2.4. Auswirkungen der deutschen Vereinigung und der Transformation Osteuropas

Die vierte Krisendimension ergibt sich aus dem Zusammenbruch der ehemals realsozialistischen Gesellschaften in Osteuropa seit 1989 sowie aus den Konsequenzen der deutschen Vereinigung. Vor allem die Transformation Osteuropas ist für das neoliberale bzw. neokonservative Integrationsprojekt des Maastrichter Vertrags zu einem entscheidenden Bremsmechanismus geworden. Kommt in dem Vertrag der Triade-Konkurrenz und damit der Wettbewerbs- und Technologiepolitik noch unumstrittene Priorität zu, so

22 Vgl. M. Felder, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internalisierung und Regionalisierung, FEG Studien Nr.1, 1992, S. 25ff.

23 "Mit ungewöhnlich scharfer Kritik an der Bundesregierung hat die EG-Kommission auf Meldungen aus Washington reagiert." Die US-Administration und Bonn sollen sich darauf geeinigt haben, im transatlantischen Handelsstreit um öffentliche Aufträge im Telekommunikationssektor untereinander auf Sanktionsmaßnahmen zu verzichten. Vgl. Handelsblatt vom 14.6.1993, S. 1.

können die osteuropäischen Umbrüche und Turbulenzen immer weniger einfach beiseite geschoben werden.²⁴

Wegen der mangelnden effektiven Nachfrage ist in kurz- bzw. mittelfristiger Perspektive nicht damit zu rechnen, daß sich in dieser Region neue Absatzmärkte herausbilden. Wenn die Transformationsgesellschaften nicht gänzlich kollabieren sollen, kommen die westeuropäischen Staaten daher wohl kaum umhin, einen enormen Finanztransfer zu bewerkstelligen. Die ohnehin unsichere Wettbewerbsposition, die die EG innerhalb der Triade einnimmt, droht sich dadurch weiter zu verschlechtern. Überdies setzt die längerfristig geplante Öffnung der EG-Märkte (vor allem für Agrar-, Textil-, Stahlprodukte etc.) einige der traditionellen Produktionszweige, die oftmals nur durch hohe Subvention gehalten werden, unter einen starken Wettbewerbsdruck.

Die westeuropäischen Reaktionen werden den Herausforderungen jedoch nicht gerecht: Anstatt gesamteuropäische Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, entzieht sich die EG den wachsenden Belastungen. Europa bleibt daher nicht nur weiter geteilt, zudem bringt die Situation Osteuropas unkalkulierbare Risiken mit sich. In diesem Sinne ist die weiterhin auf die Triade konzentrierte EG-Politik am wachsenden Chaos, den politischen Konflikten und ethnischen Bewegungen in Osteuropa nicht unbeteiligt. In dem Maße, wie die Turbulenzen jedoch auch den Westen erreichen - z.B. in Form der Massenmigration sowie ökologischen und sicherheitspolitische Gefahren -, wird die entwicklungspolitische Zurückhaltung des Westens bestraft. So gesehen beantwortet der Maastrichter Vertrag die Herausforderungen nach dem Kalten Krieg völlig unzureichend: Die osteuropäischen Probleme bei der Transformation von Ökonomie und Gesellschaft verdrängt er, die von dort ausgehenden Verunsicherungen im Westen werden ignoriert. Im Laufe der Zeit haben sich diese Defizite zum Krisenfaktor entwickelt.

2.5. Neue sicherheitspolitische Identitäten

Die fünfte Krisendimension ergibt sich aus dem Wandel der sicherheitspolitischen Identitäten. Nach dem Ende des Kalten Krieges greifen die "alten" Zielsetzungen der EG-Integration zunehmend zu kurz. Die Triebkräfte der Entstehung der EWG bildeten die Überwindung des Nationalismus, die Verstärkung der Systemkonkurrenz, die Erwartung der Binnenmarktdynamik etc.²⁵ Nun aber - nach dem Endes des Systemgegensatzes, angesichts wachsender Interdependenz²⁶, der begrenzten Handlungsfähigkeit des National-

24 Meinhardt/Weiner sehen dies wie folgt: "Auslösendes Moment der aktuellen Krise der EG ist das Ende des 'Realsozialismus' mit der Folge des staatlichen Zusammenbruchs der Sowjetunion sowie der deutschen Vereinigung." Ihrer Meinung nach hat dieses Ereignis die "Verklammerung von Austeritätspolitik und deutscher Hegemonie" aufgelöst; "mit der fortschreitenden Erosion der neokonservativen Gesellschaftsvision" wird die Integration "immer weniger als integraler Bestandteil derselben verstanden, sondern vielmehr als ein Zusätzliches zum eigentlichen, nationalen Rahmen, auf den die Politik sich konzentrieren müsse." Sie gehen davon aus, daß "der Weg, den die EG-Regierungen mit dem Vertrag zur Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) eingeschlagen haben und nun mit dem Vertrag von Maastricht fortsetzen wollten", gescheitert ist. Vgl. U. Meinhardt/K.P. Weiner, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Dez. 1992, S. 1420ff.

25 Vgl. F. Deppe, Weltwirtschaftskrise und westeuropäische Integration, in: H.J. Axt/F. Deppe, Europaparlament und EG-Erweiterung - Krise oder Fortschritt der Integration ?, Köln 1979, S. 13; sowie A. Statz, Entwicklung der westeuropäischen Integration 1945-1989, in: F. Deppe u.a. (Hrsg.), 1992-Projekt Europa, Köln 1989, S. 13.

26 Im Zeitalter der nach-hegemonialen Ordnung weisen Regimetheoretiker und Neo-Institutionalisten wie R. Keohane, J. Nye u.a. auf die Bedeutung der institutionellen Regulierung und der Interdependenz hin. Vgl. R. Keohane, International Institutions and State Power, London 1989, S. 158-175.

staates²⁷ und vor allem der Globalisierung von Handel, Finanzen, Produktion, Politik und Sicherheit²⁸ - reichen die ursprünglichen Ziele und Triebkräfte nicht mehr aus, um die Integration voranzutreiben.

Die innere und äußere politische Orientierung der EG ist neu zu bestimmen. Vor allem der Abschied von der Systemkonkurrenz verlangt nach einem neuen Interessenskonsens. Während der "imaginary war"²⁹ als ein externer Integrationsfaktor wirkte und die innere gemeinschaftliche Kohäsion stärkte, prägen nunmehr verstärkt nationale Interessen die sicherheitspolitischen Überlegungen. Die bisher getroffenen Übereinkünfte wirken dabei als unsicher, unvollkommenen und damit labil. Dennoch stehen in der Sicherheitspolitik keine nationalstaatlichen Alleingänge auf der Tagesordnung. Aufgrund der verflochtenen Produktionsstrukturen in der Rüstungsindustrie und angesichts der sicherheitspolitischen Interessen der EG-Staaten hat eine derartige Option kaum Chancen. Ebenso bedarf die alte NATO-Struktur - die USA bildeten die unumstrittene Führungsmacht - aus Sicht der EG (insbesondere der Deutschlands) einer grundlegenden Reform. Auch die im Golfkrieg praktizierte Arbeitsteilung, in der Deutschland und Japan die finanziellen Hauptlasten übernahmen, ist nur bedingt auf andere Fälle übertragbar. Der Konfliktverlauf in Osteuropa verdeutlicht, daß sich die USA nicht allerorts derart engagieren.

Diese veränderte Konstellation wurde bereits im Maastrichter Vertrag berücksichtigt. Obwohl der Vertrag die GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) vorsieht, ist der Grad an inhaltlicher Übereinstimmung zwischen den Mitgliedstaaten bislang relativ niedrig. Weiterhin verbleibt die Sicherheits- und Militärpolitik im intergouvernementalen Zuständigkeitsbereich.³⁰ Weil nunmehr stärker als zuvor die nationalstaatliche Souveränität im Vordergrund steht, bildet die Sicherheits- und Militärpolitik im Zeitalter nach der Systemkonkurrenz eher ein Feld, auf dem die Desintegrationspotentiale zunehmen. Auch hier bleibt der Vertrag über die Europäische Union nur Stückwerk.

3. Verschiedene integrationstheoretische Erklärungen und ihre Defizite

a) **Der (Neo)föderalismus-Ansatz:** Der Föderalismus betrachtet den Fortgang der EG-Integration vom "Endziel" aus: "Unter diesem Endziel verstehen die Vertreter dieses An-

27 Vgl. F. W. Scharpf, Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhundert, in: Politische Vierteljahresschrift, 32. Jg. 1991, S. 627-631.

28 In bezug auf das Verhältnis zwischen Globalisation und dem liberal-demokratischen Staat führt D. Held vier aktuelle Faktoren als "external disjunctures" an: a) "Disjuncture One: International Security Structures and Power Politics", b) "Disjuncture Two: The World Economy", c) "Disjuncture Three: Internationalization of the State", d) "Disjuncture Four: International Law". Vgl. D. Held/A. McGrew, Globalization and the Liberal Democratic State, in: Government and Opposition, Vol. 28, Nr. 2, 1993, S. 266ff.

29 Der einprägsame Begriff stammt von Mary Kaldor: "Die militärische Konfrontation wurde ein wichtiger Bestandteil der für Ost und West charakteristischen Gesellschaftssysteme. Man kann sie als eine Form der Regulation beschreiben - und zwar der politischen Regulation, womit eine Form gesellschaftlicher Disziplin oder psychologischen Zwangs gemeint ist, und der wirtschaftlichen Regulation, worunter sowohl eine Abstimmung von Konsumtion und Produktion als auch eine Form von Technologiepolitik zu verstehen ist. Man kann sagen, daß hohe Rüstungsausgaben, um die Sprache der französischen Regulations-Schule zu benutzen, ein Bestandteil der charakteristischen Regulationsweise im fordistischen Akkumulationsregime geworden sind." Einige Seiten später heißt es: "Der imaginäre Krieg läßt sich, um es anders zu formulieren, als ein bloßer Katalog konkurrierender Wahrnehmungen in einem festgefügtten Begriffsrahmen behandeln." M. Kaldor, Der imaginäre Krieg, Hamburg 1992, S. 199 und S. 203.

30 Der Vertrag spiegelt, obwohl er die Notwendigkeit gemeinsamer Aktion betont, vorzüglich den Primat nationaler Interessen wider. Im Titel V. (Art. J.4.4.) heißt es: "Die Politik der Union nach diesem Artikel berührt nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten: sie achtet die Verpflichtungen einiger Mitgliedstaaten aus dem Nordatlantikvertrag und ist vereinbar mit der in jenem Rahmen festgelegten gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik."

satzes einen föderativen Staat, der, ähnlich wie die auf nationaler Ebene bekannten Bundesstaaten, organisiert und aufgebaut werden soll.³¹ Im Vordergrund dieses Ansatzes steht eindeutig die normative Struktur der föderativen Gemeinschaft. Der konkret-historische Integrationsverlauf weicht allerdings stark von dieser Perspektive ab. Auch die Form der im Maastrichter Vertrag formulierten Integration ist weit von dieser Vision entfernt.³²

Der Weg oder der *Prozeß*, über den der Föderalstaat verwirklicht werden soll, schien aus Sicht der föderalistischen Erklärung anfangs nur eine Frage zwischenstaatlicher Übereinkünfte zu sein. Längerfristig mußten diese Defizite erkannt werden. C.J. Friedrich³³ unternahm daher den Versuch, den Föderalismus zum Neoföderalismus weiter zu entwickeln, indem er stärker auf den Föderalisierungsprozeß einging. Im Gegensatz zu den Föderalisten untersuchte er in einem größeren Forschungsprojekt die transnationale Interaktion gesellschaftlicher Kräfte und Gruppen. "Dabei war es ihm allerdings nicht möglich anzugeben, welchen Beitrag solche Interaktionen zur Föderalisierung leisten können."³⁴ Nach wie vor dominiert daher die finale Perspektive der Vereinigten Staaten von Europa. Das Manko liegt demnach auf der Hand: Weder der Integrationsschub im Zeichen der EEA, d.h. die Vollendung des EG-Binnenmarktes, noch der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union gehorchen einer übergeordneten "Endzielvision". Zudem macht die gegenwärtige Post-Maastricht-Krise unübersehbar deutlich, daß sich hinter den Krisenphänomenen gravierende gesellschaftliche Konflikte³⁵ und Dysfunktionalitäten - hervorgerufen durch die veränderte weltwirtschaftliche und weltpolitische Konstellation - verbergen.

b) Der (Neo)funktionalismus-Ansatz: In seiner ursprünglichen, von D. Mitrany entwickelten Form konzentrierte sich der Funktionalismus vornehmlich auf das Ziel der funktionalen Integration, d.h. auf die Friedenserhaltung.³⁶ Die regionale Integration verstehen sie so, daß sie nur die gefährliche Spaltung des aus Nationalstaaten bestehenden internationalen Systems reproduziert. Im Vergleich dazu beschäftigt sich der neofunktionalistische Ansatz explizit mit dem Prozeß der funktionalen Integration.³⁷

31 B. Burkhardt-Reich, Agrarverbände in der EG, Straßburg 1983, S. 10.

32 Delors selber erklärt das auf folgende Weise: "Wohin dieser Prozeß die Europäische Gemeinschaft letztlich führen soll, war schon 1948 auf dem Kongreß von Den Haag umstritten. Auf der einen Seite standen damals die Föderalisten (...) auf der anderen Seite standen die Anhänger eines Staatenbundes (...) Der Streit zwischen diesen beiden Lagern hält immer noch an; der Maastrichter Vertrag hat ihn nicht beendet, sondern lediglich einen Kompromiß erreicht.", in: J. Delors, a.a.O., S. 4.

33 Vgl. Friedrich, C.J., Europa - Nation im Werden ?, Bonn 1972.

34 B. Burkhardt-Reich, a.a.O., S. 11.

35 In den Volksabstimmungen in Dänemark und Frankreich kam dies deutlich zum Ausdruck. Aber auch die anderen Gesellschaften durchzieht gleichsam eine Spaltungslinie zwischen den politischen und ökonomischen Eliten auf der einen sowie großen Bevölkerungsgruppen - von diffusen Ängsten und Bedrohungen gepeinigt - auf der anderen Seite. Vgl. M. Felder. Die Krise des EG-Systems und Perspektiven seiner Weiterentwicklung in den neunziger Jahren, in: F. Deppe/M. Felder, Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG), FEG Arbeitspapier, Nr. 10, S. 64ff

36 "Das Endprodukt des Integrationsprozesses wird in diesem Ansatz (dem von David Mitrany, H-G.L.) dargestellt als komplexes, verwobenes Netz von über nationale Ebenen organisierten Institutionen, die alle die sozialen Funktionen eines Staates übernehmen." B. Burkhardt-Reich, a.a.O. S. 13.

37 "Während der Funktionalismus David Mitrany's - entstanden als Kritik am (utopischen) internationalen Föderalismus sowie am konflikträchtigen Realismus - von den Neofunktionalisten ins Föderative verkehrt wurde, erklärten diese selber, als sich die Staatswerdung des europäischen Regionalsystems als Illusion erwies, ihren Ansatz als obsolet und konzentrierten sich fortan auf kooperative Arrangements ('Regime'), durch die die Autonomie der Staaten sowohl eingeschränkt als auch ausgeweitet werden kann". G. Zellen-tin, Der Funktionalismus - eine Strategie gesamteuropäischer Integration, in: M. Kreile (Hrsg.) Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 63f.

Nach Burkhardt-Reich kennzeichnen aus neofunktionalistischer Perspektive folgende Merkmale den Integrationsprozeß: "einmal die Entstehung zentraler Institutionen, dann die Veränderung von Loyalität, Erwartung und Verhalten seitens der Akteure. Damit sind neben den Akteuren auf der politischen Ebene auch gesellschaftliche Akteure, wie Parteien, Gewerkschaften und Interessenverbände maßgeblich am Integrationsprozeß beteiligt."³⁸ Im Ansatz von E. Haas kommt diesen Bedingungen eine große Bedeutung zu. Desweiteren ist bei Haas die Erwartung einer Art von Automatismus - einer wechselseitigen Intensivierung der Integration - charakteristisch: "Haas nennt dies spill-over: wenn in einem Sektor eine integrierte Einheit entstanden ist, entsteht eine Art Sachzwang, andere Sektoren auch zu vergemeinschaften, d.h. bei den Beteiligten wird ein solches Übergreifen in andere Sektoren als sinnvoll angesehen."³⁹

Aufgrund der Entwicklung der Montanunion schien dieser Ansatz in den Anfangsjahren der Gemeinschaft zunächst gut geeignet, den westeuropäischen Integrationsprozeß zu beschreiben und zu erklären. Später wurden ihre Konzepte aber heftig kritisiert, denn die neofunktionalistische, teleologische Illusion geriet in eine Sackgasse: Als De Gaulle Mitte der 60er Jahre den Luxemburger Kompromiß erzwang, schien der weitere institutionelle Fortschritt blockiert.

Die Neofunktionalisten glaubten, daß mit dem gemeinsamen Markt der berühmte "point of no return" geschaffen und eine weitere Stufe zur politischen Integration unvermeidbar werde.⁴⁰ In Integrationskrisen sind die neofunktionalistischen Ansätze jedoch immer wieder in Frage gestellt worden. Diesen Zusammenhang sieht auch Deppe: "The renationalization of politics as a consequence of the economic crises 1974-74 and 1980-82 (...) thus called into question the basic assumptions of neofunctionalism. The intergovernmental structure of decision-making in the EC was strengthened."⁴¹ Obwohl seit Mitte der 80er Jahre das Binnenmarktprojekt mit der EEA eingeleitet und nunmehr sogar die Europäische Union angestrebt wird, kommen daher angesichts der Post-Maastricht-Krise der EG erneut große Zweifel an der Aussagekraft dieses Ansatzes auf.

c) Der Regime-Ansatz: Dieser Ansatz wird am deutlichsten von Keohane/Nye vertreten. Im Hinblick auf die posthegemoniale internationale Konstellation setzen sie nicht mehr allein auf die internationale "hegemoniale Stabilität", sondern sehen durchaus Möglichkeiten übernationaler Koalitionen.⁴² Sie gehen davon aus, daß die Interdependenzbeziehungen in hohem Maße "durch ein Netzwerk von Regeln und Normen ganz unterschiedlicher Art"⁴³ beeinflußt werden. In Anlehnung an Krasner bezeichnen sie dieses Netz-

38 Vgl. dazu B. Burkhardt-Reich, a.a.O. S. 14.

39 Ebd. G. Zellentin vergleicht den funktionalistischen mit dem neofunktionalistischen Ansatz: "Während die Alt-funktionalisten in der internationalen Kooperation zur Wohlfahrtsmaximierung eine Tendenz zur Entstaatlichung von Politik erkannten, verstiegen sich die Neofunktionalisten in die These vom spill-over in die regional-föderative Überstaatlichkeit, die sie selber Ende der sechziger Jahre als 'Irrtum der Teleologie' bezeichneten." G. Zellentin, a.a.O. S. 68.

40 Vgl. dazu F. Deppe, The Future of European Community, in: International Journal of Political Economy, Spring, 1992, S. 71.

41 Ebd., S. 71.

42 Der berühmten These von C. Kindleberger zufolge muß es eine Hegemonialmacht geben, wenn die Weltwirtschaft stabilisiert werden soll. Vgl. C. Kindleberger, The World in Depression, 1929-1939, S. 305. R. Keohane argumentiert hingegen, daß "Regimes may be maintained, and may continue to foster cooperation, even under conditions that would not be sufficiently benign to bring about their creation. Cooperation is possible after hegemony not only because shared interests can lead to the creation of regimes, but also because the conditions for maintaining existing international regimes are less demanding than those required for creating them". R. Keohane, After Hegemony, Princeton 1984, S. 50.

43 B. Burkhardt-Reich, a.a.O. S. 33.

werk als "internationale Regimes"⁴⁴. Diese sollten nicht mit dem internationalen Recht oder Völkerrecht verwechselt werden. In der Regime-Theorie geht es darum, in welchem Zusammenhang Interdependenz und regionale Integration in der EG auftreten. Burkhardt-Reich faßt zusammen: "Bei komplexer Interdependenz und Integration handelt es sich, wenn man die Definitionen von Keohane/Nye zugrunde legt, in der Tat um die gleichen Phänomene; allerdings nur bezogen auf die ökonomische und gesellschaftliche Dimension."⁴⁵

Hoffmann und Keohane schlugen Anfang der 80er Jahre vor, die Regimekonzepte zur Analyse der EG-Integration anzuwenden. Dabei zeigte sich jedoch ein grundlegendes Defizit dieses Ansatzes. Er läßt außer Acht, daß die supranationalen EG-Institutionen nur durch den Ressourcenzufluß seitens der einzelnen Nationalökonomien funktionieren: "The regime concept allows recognition of the specific interests of the actors (here, the national states) in international affairs. While this approach helps to get off the narrow state-centric perspective, which for a long time caused a structural bias of integration theory, 'beyond the nation state', it neglects the fact that the EC functions by a transfer of resources to transnational institutions. The inner logic of this transfer does not follow the pattern of substituting supranational power for national sovereignty. They rather follow the logic of complementarity."⁴⁶

Hirsch kritisiert vom regulationstheoretischen Standpunkt die Defizite und Schwächen des neo-institutionalistischen Regimeansatzes: Das "Konzept der internationalen Regulation unterscheidet sich trotz aller oberflächlichen Ähnlichkeiten von der neo-institutionalistischen 'Theorie internationaler Regime', die mit ihrem einigermaßen simpel und staats-theoretisch recht naiv formulierten handlungstheoretischen Ansatz weder die Konstitutionsbedingungen gesellschaftlicher Institutionalisierungsprozesse noch die darin eingehenden und zum Ausdruck kommenden strukturellen Konflikte und Dynamiken zu erhehlen vermag. Es entgeht ihr vor allem, daß Institutionalisierungsprozesse die Form sind, in der soziale Antagonismen 'regulierbar', d.h. über ihre Konflikthaftigkeit hinaus und durch diese hindurch stabilisierbar werden, was zugleich ihre Entwicklungs- und Krisendynamik kennzeichnet. Die internationale Regimetheorie betont zwar richtig - und insgesamt in Übereinstimmung mit der Regulationstheorie - die Notwendigkeit und die relative Eigenständigkeit über nationale Machtpolitiken hinausgehender internationaler Regulationszusammenhänge und hat nicht zuletzt interessante Aufschlüsse über das Verhältnis von internationaler Regulation und Hegemonie gebracht. Sie kommt aber über fallbezogene Beschreibungen kaum hinaus. Ihr sowohl ökonomie- als auch staats-theoretisches Defizit liegt auf der Hand."⁴⁷

d) Die fusionierte Föderalstaatsthese von W. Wessels: Die zentrale These des fusionierten Föderalstaats gründet gewissermaßen auf einer Notlage: "Zur Bewältigung eines zunehmenden (doppelten) Ebenen- und Entscheidungsdilemmas *verschmelzen* die Regierungen und Verwaltungen interdependenter westeuropäischer Wohlfahrts- und Dienstleistungsstaaten in wachsendem Maße innerhalb und durch die Europäische Gemeinschaft staatliche Handlungsinstrumente. Durch spezifische gegenseitige Beteiligungsfor-

44 Die "Regime"-Definition von S. D. Krasner lautet: "International regimes are defined as principles, norms, rules, and decisionmaking procedures around which actor expectations converge in a given issue-area". S. D. Krasner Structural causes and regime consequences: regimes as intervening variables, in: ders. (Hrsg.) International Regimes, A special issue of International Organization 36, 2, Spring 1982, S. 185

45 Vgl. B. Burkhardt-Reich, a.a.O. S. 34.

46 Vgl. F. Deppe, The Future of European Community, S. 71.

47 J. Hirsch, Internationale Regulation - Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus, in: Das Argument, Nr. 198, 1993, S. 204.

men entsteht ein fusionierter Föderalstaat, der in historischer Perspektive als neue Phase in der Entwicklung westeuropäischer Staaten verstanden werden kann."⁴⁸

Insgesamt kann diese These als eine Verknüpfung institutionalistischer, (neo)funktionalistischer und (neo)föderalistischer Elemente angesehen werden. Wenig überzeugend ist die Argumentation dort, wo begründet wird, daß die Integration zu Formen der Verschmelzung führt. Die Begriffe werden unscharf, zumal bei der Reorganisation von Kompetenzen zwischen der EG und den Mitgliedstaaten Kompensations- und Kooperationseffekte miteinander vermengt werden.⁴⁹ Dadurch bleibt letztlich auch unklar, was die konkrete Form und Substanz des fusionierten Föderalstaats ist.

Anders als es die Fusionsthese nahelegt, scheint der weitere Integrationsverlauf einen anderen Weg einzuschlagen. Nach Tömmel kommt es "auf EG-Ebene und in den Mitgliedsstaaten zur Herausbildung neuer Formen der staatlichen Regulierung ökonomischer Entwicklungsprozesse und entsprechender sozialer Anpassungsprozesse. Fragt man nun nach den Zukunftsperspektiven der EG, dann ist kaum zu erwarten, daß die zweifelsohne fortschreitende europäische Integration zur Schaffung einer strafferen supranationalen Struktur führen wird. Vielmehr erscheint es wahrscheinlich, daß die bestehenden Mechanismen der Entscheidungsfindung, der Interessenvermittlung sowie der Politikbeeinflussung weiter verfeinert, diversifiziert, fraktioniert und über informelle Verflechtungsbeziehungen reintegriert werden."⁵⁰

Mit der EG-Erweiterung dürften die regionalen Disparitäten und zunehmenden sozialen Fraktionierungen noch verschärft werden. Nicht Homogenisierung und soziale Kohäsion, sondern wachsende Heterogenisierung stehen somit auf der Tagesordnung. Die These des fusionierten Föderalstaats läßt also die strukturellen Dimensionen der EG-Integration unterbelichtet. Da Wessels nur die institutionellen Integrationsprozesse in den Blick nimmt, bleibt seine These oberflächlich. Soziale und ökonomische Determinanten und Beziehungen, die das Verhalten der sozialen Akteure prägen, blendet er aus.

48 W. Wessels, Staat und (westeuropäische) Integration, in: M. Kreile (Hrsg.), Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 40. Mit dem Ebenendilemma meint Wessels die selbstinduzierte Erosion des geschlossenen parlamentarischen Verfassungsstaates, unter dem Entscheidungsdilemma versteht er die Defizite und Blockaden der intergouvernementalen Zusammenarbeit. Vgl. ebd., S. 42ff.

49 D. J. Puchala z.B. definiert Integration als einen Vorgang, in dem es Akteuren möglich ist, ihre Interessen zu harmonisieren, ihre Gegensätze auszugleichen und aus ihren Interaktionen gegenseitig zu profitieren. Die Staaten und Regierungen bleiben dabei nach wie vor die dominanten Akteure. "In fact, the most complex Concordance Systems may include actors in four organisational arenas - the subnational, the national, the transnational and the supranational. In contrast to familiar federal systems, there is no prevailing or established hierarchy or superordination-subordination relationship among the different kinds of actors in the system. Instead, each of the actors remains quasi-autonomous (more or less so depending upon issues in question), all are interdependent, and all interact in pursuit of consensus that yield mutual rewards." D.J. Puchala, Of Blind Men, Elephants and International Integration, in: Journal of Common Market Studies, 3/1972, S. 278

50 I. Tömmel, System-Entwicklung und Politikgestaltung in der Europäischen Gemeinschaft am Beispiel der Regionalpolitik, in: M. Kreile (Hrsg.), Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 208.

4. Regulationstheoretische Erklärungsansätze der EG-Integration und ihrer Krisenmerkmale

4.1. Methodologische Grundlagen

Die Theorie der Regulation erklärt die kapitalistische Produktionsweise mit dem Begriffen des Akkumulationsregime und der Regulationsweise. Lipietz bezeichnet das Akkumulationsregime als den "Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen den Veränderungen der Produktionsbedingungen (dem Volumen des eingesetzten Kapitals, der Distribution zwischen den Branchen und dem Produktionsniveau) und den Veränderungen in den Bedingungen des Endverbrauchs (Konsumnormen der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, Kollektivausgaben usw. ...) herstellt."⁵¹ Die Regulationsweise umfaßt hingegen "die Gesamtheit institutioneller Formen, Netze und expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern, und zwar sowohl entsprechend dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch über deren konfliktuellen Eigenschaften hinaus."⁵²

Die Regulationstheorie - ursprünglich aus einer nationalökonomischen Perspektive heraus entwickelt⁵³ - wurde im Laufe der 80er Jahre über die nationalstaatliche auf die internationale Ebene ausgeweitet. Bisher unternahmen ihre Vertreter jedoch nur selten den Versuch, den Prozeß der EG-Integration zu erklären und diesen in Zusammenhang mit der Regionalisierung und Globalisierung der Weltwirtschaft zu bringen. Mit Hirsch kann daher festgehalten werden: "eine ausgeführte regulationistische Theorie des internationalen kapitalistischen Systems und seiner Entwicklung liegt bislang nicht vor".⁵⁴

Im folgenden soll zwischen dem als Fordismus bezeichneten Entwicklungsprozeß des Kapitalismus seit dem Zweiten Weltkrieg und der EG-Integration ein Zusammenhang hergestellt werden. Hierzu werden zunächst die Veränderungen in den gesellschaftlichen und internationalen Hegemoniekonstellationen mit in die Betrachtung einbezogen. Überdies soll der Institutionalisierungsprozeß in der EG ökonomisch und staatstheoretisch fundiert werden.

Folgende Themenkomplexe stehen daher im Mittelpunkt der nachfolgenden Analyse:

- a) Die Krise des Fordismus: Hier geht es um die Frage, wie das Akkumulationsregime, die industriellen Beziehungen, die Verteilungs- und Umverteilungsstrukturen sowie die Veränderung der Arbeitsorganisation infolge der Fordismuskrise zunächst auf nationalstaatlicher Ebene in Frage gestellt wurden?⁵⁵

51 A. Lipietz, Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodologische Anmerkungen zum Begriff der Regulation, in: Prokla, Heft 58, 1985, S. 120.

52 Ebd., S. 121.

53 Vgl. B. Jessop, Regulation theories in retrospect and prospect, in: Economy and Society, Vol. 19, 1990, S. 160.

54 J. Hirsch, Internationale Regulation ..., a.a.O. S. 198.

55 "Bezieht man sich auf das *industrielle Paradigma* als Darstellung der *mikro-ökonomischen* Ebene und auf das *Akkumulationsregime* als das der *makro-ökonomischen* Ebene, dann erscheint die *Regulationsweise* als *meso-ökonomische* Ebene, die die beiden anderen vermittelt und zugleich Teil von ihnen ist (...) Die Kombination dieser drei grundlegenden Kategorien definiert eine Entwicklungsweise oder ein ökonomisches Regime". R. Delorme, Staat und ökonomische Entwicklung, in: A. Demirovic u.a. (Hrsg.) Hegemonie und Staat, Münster 1992, S. 166-167.

- b) Postfordistische Reorganisationstendenzen: Dabei wird untersucht, in welche Richtung sich das Akkumulationsregime und die Regulationsweise erneuern; insbesondere geht es um die Umstrukturierung des keynesianischen Interventionsstaats.
- c) Der Prozeß der Internationalisierung: Im Mittelpunkt steht hier die Neubestimmung von nationalstaatlichen Akkumulations- und Regulationszusammenhängen und der EG-Integration. Mit anderen Worten: In welcher Form erfolgt die Transnationalisierung politischer Kompetenzen?

Alle drei Fragenkomplexe machen deutlich, daß sich die internationale Regulation aufgrund der Transnationalisierung des postfordistischen Staates, einer sich verändernden Hegemonialordnung - einerseits geprägt durch den Aufstieg Deutschlands und Japans und andererseits durch den Zusammenbruch des "realexistierenden" Sozialismus - in einem Restrukturierungsprozeß befindet. Die Rolle und Entwicklung der EG - hier vermitteln und artikulieren sich nationale und internationale Umbruchdimensionen - verändert sich in der gegenwärtigen Krisenkonstellation somit nachhaltig.

4.2. Strukturwandel der Weltwirtschaft und die Herausbildung eines europäischen Regulationssystems

Seit Anfang der 70er Jahre unterliegt die Weltwirtschaftsordnung einem grundlegenden strukturellen Wandel. Dieser Strukturwandel hat sich insbesondere in den Bereichen der sozio-ökonomischen Innovationssysteme, der Finanz- und Kapitalmärkte und des Hegemonieverhältnisses niedergeschlagen. Unter der Annahme, daß zwischen der Veränderung des Akkumulationsregimes, der Regulationsweise und der Hegemonialordnung einerseits und den Ursachen der "Legitimationskrise" der EG andererseits ein Zusammenhang besteht, lautet die zentrale These dieser Arbeit: Die Prioritäten, denen der eingeschlagene Weg der EG-Integration folgt - dies sind vor allem die Zielsetzungen monetärer Stabilität sowie wirtschaftspolitischer Deregulierung und Flexibilisierung -, blockieren den Übergang zum Postfordismus. Es treten also Hindernisse im gesellschaftlichen Strukturwandel zu Tage, die ihrerseits auf den Integrationsprozeß negativ zurückwirken.

4.2.1. Fordismuskrise und EG-Integration

Die fordistische Gesellschaftsformation⁵⁶ setzte sich in den 50er und 60er Jahren in allen entwickelten Industrieländern durch. Ihre Stabilität und Dynamik beruhte im wesentlichen auf drei Säulen: Erstens auf der Massenproduktion per tayloristisch-fordistischer Arbeitsorganisation. Die zweite Säule bildete der keynesianisch-wohlfahrtsstaatliche Interventionismus, der die gesellschaftliche Gesamtnachfrage regulierte und durch Infrastrukturausgaben und Sozialtransfers immer wieder stimulierte. Daraus entstand die fordistische Artikulation zwischen Massenproduktion und -konsumtion, die sich hauptsächlich auf die Binnenmarktdynamik konzentrierte.⁵⁷ Als dritte Säule des Systems kann

56 Die Regulationstheorie bzw. Fordismusanalyse unterscheidet innerhalb der kapitalistischen Entwicklung unterschiedliche gesellschaftliche Formationen. Sie betont damit jenseits des fortbestehenden ökonomischen Grundverhältnisses die Bedeutung von konkreten sozialen, politischen, kulturellen und ideologischen Vergesellschaftungsprozessen. Vgl. J. Hirsch/ R. Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus - Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg 1986, S. 42

57 B. Lutz begründet die Dynamik dieser Prosperitätskonstellation durch den Modus der Durchkapitalisierung, den er als "innere Landnahme" bezeichnet: "Durch das politisch-institutionelle Arrangement wurden weitreichende Möglichkeiten der "Landnahme" durch industrielle Produktionsweise und kapitalistische Wirtschaftsformen eröffnet, deren Nutzung eine nachhaltige Expansion des modernen, industriell-marktwirt-

die freihandelsorientierte Politik unter amerikanischer Hegemonie angesehen werden. Mit dem Dollar als Weltgeld und mit internationalen Organisationen wie dem GATT, dem IWF und der Weltbank konnten die USA diesen Kurs relativ problemlos durchsetzen.

In dieser Periode stiegen zum einen die Reallöhne parallel zur Produktivitätssteigerung an⁵⁸, und zum anderen sorgte der Staat durch den Ausbau der Sozialversicherungssysteme (Arbeitslosengeld, Bildung, Gesundheitswesen, Rentensystem, Wohnungsbau und anderer Sozialleistungen) für die Ankurbelung der Gesamtnachfrage. Tiefgreifende Überproduktionskrisen - häufig eine Ursache weltwirtschaftlicher Krisen und Kriege - konnten somit vermieden und langanhaltende Prosperität garantiert werden. Getragen wurde diese Konstellation insbesondere durch den Politiktypus des Tripartismus, d.h. der Abstimmung zwischen Staat, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften.⁵⁹ Der gesellschaftliche Klassenkampf war gewissermaßen institutionalisiert und befriedet, wenn auch nicht stillgestellt. Zugleich konnte sich die sog. "monopolistische Regulation"⁶⁰ auf eine stabile Akkumulation stützen. Bis Mitte der 60er Jahre verblieb die Kapitalrentabilität auf einem hohen Niveau. Immer wieder wurde sie durch die Regulierung der Gesamtnachfrage angetrieben: auf der einen Seite durch eine Steigerung der direkten und indirekten Löhne; und auf der anderen Seite durch die Kreditexpansion.⁶¹

Mit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 geriet jedoch das fordistische Akkumulationsregime in eine tiefe Krise. Die Ursachen der Fordismuskrisis lassen sich dabei im Einzelnen folgendermaßen zusammenfassen: Erstens sank seit den 60er Jahren die Arbeits- und Kapitalproduktivität. Die dynamische Verbindung zwischen Produktivitätssteigerung und Reallohn konnte nicht mehr aufrecht erhalten werden; die Wachstumsrate des Reallohns ging seitdem zurück.⁶² Zweitens geriet die keynesianische-wohlfahrtstaatliche Interventionspolitik, die auf Vollbeschäftigung ausgerichtet war, an ihre Grenzen. Einerseits schränkte die Verschuldung, die sowohl im Staats- als auch im Privatbereich zugenom-

schäftlichen Sektors erlaubte." B. Lutz, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt a.M. 1989, S. 261.

- 58 "It is not surprising, then, that the crisis of the collective bargaining procedures engendered by Fordism coincided with a blockage of relative surplus-value. Collective bargaining as a structural form now contained the class struggle within a framework where the capitalists could take advantage of all the possibilities of exploitation inherent in an organisation of the labour process centred on the mass production of standardized commodities". M. Aglietta, *A Theory of Capitalist Regulation ...*, a.a.O., S. 197.
- 59 "In diesem System des 'liberalen Korporatismus' basierten relevante staatliche Politiken und gesellschaftliche Regulierungsprozesse auf mehr oder weniger formell ausgehandelten Kompromissen im 'institutionellen Dreieck' von Gewerkschaften, Unternehmerverbänden, Staat und Parteien. Dies bezog sich zunächst vor allem auf die 'Einkommenspolitik', d.h. die tarifvertragliche und politische Regulierung von Löhnen und Sozialausgaben." J. Hirsch/ R. Roth, *Das neue Gesicht des Kapitalismus*, a.a.O., S. 72.
- 60 Hübner weist auf diesen Begriff folgendermaßen hin: "In der regulation monopoliste (monopolistische Regulation) wird die Anpassung zwischen gesellschaftlicher Nachfrage und Zunahme der Produktionskapazitäten nicht mehr länger durch den 'reinen' Preismechanismus bzw. die Mechanismen von Angebot und Nachfrage vollbracht. Der größere Teil der Anpassungsprozesse ist durch ein komplexes System von Institutionen, Konventionen und Regeln bestimmt, durch die die gesellschaftliche Nachfrage an das Wachstum des Produktionspotentials angepaßt wird." K. Hübner, *Theorie der Regulation*, Berlin 1989, S. 159.
- 61 Die folgende Definition über dieses Kreditgeld ist bemerkenswert: "Credit money is the quantity of means of payment provided by the credit-creating institutions to economic agents on the basis of anticipated realization of value-in-process currently existing in non-monetary forms, such as inventory stocks. It is precisely because credit money represents a value not yet realized that it can play the role of real money, e.g., of means of payment." A. Lipietz, *Credit Money - A Condition Permitting Inflationary Crisis*, in: *Review of Radical Political Economics*, 14:2, 1982, S. 53. Mit anderen Worten: es ist wichtig zu verstehen, warum die nachfordistische Krise die Form der finanziellen Krise angenommen hat, die ihrerseits die inflationären Prozesse verursachte.
- 62 Vgl. R. Boyer, *Wage formation in historical perspective: the French experience*, in: *Cambridge Journal of Economics* Vol. 3, 1979, S. 103 (siehe Tabelle zu "Money wages, cost of living and real wages, 1841-1973").

men hatte, den finanziellen Handlungsspielraum ein. Andererseits erwies sich die bürokratische Interventionsweise des keynesianischen Wohlfahrtsstaates zunehmend als ineffizient. Und drittens vermehrte die fordistische Produktion - sie basierte auf einer ressourcenvergeudenden Massenproduktion - die ökologischen Gefahren.

Die Ursachen für den Rückgang des Produktivitätswachstums liegen im fordistischen Akkumulationsmodell selbst begründet: Das tayloristische Prinzip der Arbeitsteilung, das sich auf die Trennung von Planung und Ausführung sowie auf die fortlaufende Zergliederung des Produktionsablaufs stützt, konnte für einige Zeit die Produktivität erheblich steigern. Semi-Automation per Fließband und einfache Arbeitsschritte förderten die "economies of scale". Indem sich die Arbeit aber auf einfache Wiederholungstätigkeiten reduzierte, mußten Effektivität und Innovation längerfristig - d.h. wenn die tayloristische Zergliederung der Produktion an ihre Grenzen stieß - allmählich zurückgehen. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität minderte sich und gleichzeitig ging die Kapitalrentabilität zurück. Der Kapitalkoeffizient - er bezeichnet den anteilmäßigen Einsatz konstanten Kapitals - stieg hingegen kontinuierlich an. Das Gleichgewicht zwischen dem Bereich der Produktionsmittelproduktion und der Konsumtionsmittelproduktion konnte nicht mehr beibehalten werden. Es kam zur Überakkumulation von Kapital, d.h. zu Disproportion zwischen beiden Abteilungen der kapitalistischen Produktion: der Produktionsgüter- und Konsumgüterherstellung.

Dennoch konnte die Gesamtnachfrage trotz des Rückgangs der Reallöhne nicht zuletzt aufgrund des Anstiegs der indirekten Löhne ("citizen wage")⁶³ auf einem hohen Niveau beibehalten werden. Finanziert wurden diese indirekten Löhne mit Hilfe der Ausdehnung des Kreditgeldes. Diese Ausdehnung des Kreditgeldes ist jedoch ursächlich für die hohe Inflation während der Rezession in der zweiten Hälfte der 70er Jahre verantwortlich: sie mündete in die "Stagflation"⁶⁴, d.h. die Kombination von ökonomischer Stagnation und hohen Inflationsraten.

Staat und Kapital reagierten auf diese Krise mit Rationalisierungsmaßnahmen und dem Verzicht auf das Ziel der Vollbeschäftigungspolitik, so daß die Arbeitslosigkeit seither drastisch zugenommen hat. Auf Basis mikroelektronischer Innovationen beschleunigte sich die Ablösung lebendiger durch tote Arbeit.⁶⁵ Zugleich gingen die Industrieländer seit dem Ende der 70er Jahre von der keynesianischen, nachfrageorientierten Politik zur angebotsorientierten Politik über: fortan standen die Ziele der Rationalisierung, Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung im Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Strategien. Zudem setzte sich die neokonservative bzw. neoliberale Stabilitätspolitik durch. Vor diesem Hintergrund wurde 1979 das EWS (Europäisches Währungssystem) gegründet, um nach dem Zusammenbruch des Bretton Woods Systems die floatenden Wechselkurse auf regionaler Ebene zu regulieren. Darüberhinaus kam dem EWS die Aufgabe zu, den Primat monetärer Stabilität EG-weit zu verallgemeinern.

Der Strukturwandel der Weltwirtschaft seit den 70er Jahren wird von der Regulations-
theorie als "große" oder "organische" Krise" gedeutet. Während kleine Krisen in Form
konjunktureller Schwankungen - verursacht durch Ungleichgewichte zwischen Nach-

63 S. Bowles und H. Gintis bezeichnen diesen Indirektlohn als "citizen wage": "First, the expansion of what we shall term the citizen wage - that part of a person's consumption supplied by the state by virtue of his citizenship rather than directly acquired by the sale of labor power- has led to a redistribution of the social product away from capital." S. Bowles and H. Gintis, *The Crisis of Liberal Democratic Capitalism: The Case of the United States*, in: *Politics & Society*, Vol. 2 Nr. 1, 1982, S. 53.

64 Vgl. R. Boyer/J. Mistral, *Accumulation, Inflation, Crises*, Paris 1978.

65 Vgl. K. Dörre, *Die Gewerkschaften im "Risikokapitalismus"*, in: F. Deppe u.a. (Hrsg.), *Gewerkschaften im Umbruch*, Köln 1989, S. 32f.

frage und Angebot - über bestimmte Bereinigungsstufen ein neues Gleichgewicht erreichen und den bisherigen Entwicklungsmodus fortschreiben, sind "große" Krisen als Formkrisen der kapitalistischen Akkumulation zu charakterisieren: sie umfassen über die ökonomische Krise hinaus auch das System der gesellschaftlichen und politischen Regulation.⁶⁶ Eine große Krise hat demnach eine Veränderung des gesamten Gefüges der Gesellschaftsformation zur Folge. Ökonomisch löst sich daher das fordistische Akkumulationsregime - das Zusammenspiel von Massenproduktion und Massenkonsumtion - auf. Für die industrielle Struktur bedeutet das den Übergang von der Massen- zur "flexiblen Produktion" bzw. zur flexiblen Spezialisierung. Getragen werden diese Veränderungen vor allem durch neue Formen der Arbeitsorganisation und Prozeßinnovation, die technologisch zumeist auf der umfassenden Anwendung der Mikroelektronik beruhen.

4.2.2. Postfordistische Umgestaltung in Westeuropa

Zum Verständnis der europäischen Integrationsdynamik in den 80er Jahren ist die Globalisierung von Handel, Produktion und Finanzen von entscheidender Bedeutung. So lösten die Antriebskräfte der Internationalisierung und Globalisierung⁶⁷ das fordistische Entsprechungsverhältnis zwischen ökonomischer Akkumulation und politischer Regulation auf. Diese Erkenntnis bildet gleichsam die Quintessenz der regulationstheoretischen Analyse.⁶⁸ Die Veränderung der Regulationsweise zwang den keynesianischen Interventionsstaat, das Ziel der Vollbeschäftigung aufzugeben und den Wohlfahrtsstaat umzubauen. Gleichzeitig befindet sich das fordistische Akkumulationsregime in einem Umstrukturierungsprozeß. Die auf Massenproduktion und Semi-Automation basierende Arbeitsorganisation hin zu einer der Vollautomation entsprechenden Arbeitsorganisation wird mehr und mehr von arbeitsorganisatorischen Innovationen in Richtung einer "flexiblen Massenproduktion differenzierter Qualitätsgüter"⁶⁹ abgelöst.

In den 80er Jahren entsprach die Integrationsdynamik in der EG der Intention, eine starke Regulation auf europäischer Ebene aufzubauen, um in der Globalisierung der Weltwirtschaft bestehen zu können. Primär ging es um die Vollendung des Binnenmarktes. "Der europäische Binnenmarkt '92 bildet für die zwölf Mitgliedsstaaten der EG daher das zentrale Projekt, um den Übergang in den 'flexiblen Kapitalismus' unter dem Druck des 'Sachzwangs Weltmarkt' zu vollziehen."⁷⁰ Einerseits sollte mittels völliger Freizügigkeit von Waren-, Produktiv-, Geldkapital und Arbeitskraft und die Deregulierung der

66 Vgl. dazu E. Altwater, Die Zukunft des Marktes, Münster 1991, S. 56ff

67 Bezogen auf den Integrationsschub in den 80er Jahren argumentiert Deppe: "Die Dynamisierung der westeuropäischen Integrationspolitik in den 80er Jahren steht in einem Zusammenhang mit den Globalisierungstendenzen (...) Der 'große Sprung' zum 'Binnenmarkt '92' als ein 'Deregulierungsvorgang größter Ordnung', wird von den Anforderungen der Weltmarktkonkurrenz - insbesondere in den hochtechnologischen Schlüsselindustrien (Mikroelektronik, Telekommunikation, Gentechnologie, neue Werkstoffe) - vorangetrieben." F. Deppe, Alter und neuer Internationalismus, in: F. Deppe u.a. (Hrsg.), 1992-Projekt Europa, Köln 1989, S. 263f.

68 Vgl. E. Altwater, Die Zukunft des Marktes, S. 60.

69 "Mitte der 80er Jahre vertraten Autoren wie Piore und Sabel die Ansicht, daß *flexible Spezialisierung* wahrscheinlich die fordistische Massenproduktion ablösen würde. Im Rückblick muß (Boyer zufolge, H-G.L.) diese Sichtweise mit einer alternativen Erklärung oder Hypothese über den Trend zur *flexiblen Massenproduktion differenzierter Qualitätsgüter* konfrontiert werden." In diesem Sinne geht Boyer davon aus, daß "Strategien der 'economies of scale' und 'economies of scope' im Rahmen der neuen Prinzipien kombiniert werden müssen, folglich differenzierte Massenproduktion vermutlich eher das Tempo des neuen Industrialisierungsmuster bestimmt als das Modell der flexiblen Spezialisierung." R. Boyer, Neue Richtungen von Managementpraktiken und Arbeitsorganisation, in: A. Demirovic (Hrsg.), Hegemonie und Staat, S. 70f.

70 Vgl. K.P. Weiner, Nationale Arbeitsbeziehungen und transnationale Gewerkschaftspolitik im Vorfeld des Binnenmarktes '92, in: F. Deppe/K.P. Weiner (Hrsg.), Binnenmarkt '92 ..., a.a.O., S. 243.

nationalen Märkte die Wettbewerbsfähigkeit Europas deutlich verbessert werden. Der Cecchini-Bericht konkretisierte die entsprechenden Maßnahmen zum Aufbau eines europäisierten flexiblen Kapitalismus folgendermaßen: "(1) Nationale Wettbewerbsbeschränkungen bei Käufen des öffentlichen Sektors sollen aufgehoben werden; (2) Marktzutrittsbeschränkungen im Dienstleistungssektor (Bsp.: Transportwesen) werden gekappt; (3) technische Normen werden vereinheitlicht etc."⁷¹ Hübners Interpretation lautet demnach: "Das offiziell genannte Ziel ist es, bislang ungenutzte economies of scale durch den größeren integrierten Markt zu realisieren und den Grad der Konkurrenz zu intensivieren."⁷²

Andererseits läßt sich dabei zugleich die Tendenz zur Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen beobachten: "die wesentlichen Elemente dieses neuen Entwicklungsmusters sind die Einführung arbeits- und kapitalsparender neuer Technologien, die ihrerseits eine Veränderung der Produktionskonzepte verlangen und neue Anforderungen an die Arbeitsorganisation und die Arbeitskraft stellen, sowie die Herausbildung neuer Kapitalstrukturen durch einen Konzentrations- und Zentralisationsschub."⁷³ Zusammenfassend läßt sich daher sagen, daß das Binnenmarktprojekt auf die Begünstigung zwei verschiedener Entwicklungsmodelle - auf das Massenproduktionsregime und das Regimes flexibler Akkumulation - abzielt. "Beide Regimes koexistieren im gleichen ökonomischen Verwertungsraum und sind mit einer zweistufigen Regulationsweise verknüpft, wobei die Ebene der nationalen Regulationsweise zunehmend der EG-förmigen Regulationsweise untergeordnet ist".⁷⁴

In diesem Sinne argumentiert auch Deppe: "Post-Fordist globalization demands deregulation at home; the old formula 'Keynes at home, Adam Smith abroad' no longer works."⁷⁵ Regulationstheoretisch gesagt bedeutet der Versuch einer neoliberalen Umstrukturierung innerhalb der EG, daß es sich um die Transformation "eines intensiven Akkumulationsregimes mit Massenkonsum in Verbindung mit administrierter Regulation unter Bedingungen der Aufrechterhaltung kapitalistischer Basisinstitutionen" handelt.⁷⁶

Das Hauptziel des Europaprojektes liegt in der Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit europäischer Unternehmen gegenüber "der amerikanischen-japanischen Herausforderung". Die Wettbewerbsfähigkeit von Europa scheint in den meisten Kernbereichen der Industrie bedroht zu werden. Vor allem in den Bereichen Halbleiter-, Computer-, und Telekommunikations-, Unterhaltungselektronik-, Maschinenbau- und nicht zuletzt in der Automobilindustrie ist die Konkurrenzfähigkeit im Vergleich zu vor 10 Jahren auffällig geschwächt worden.⁷⁷ Hier soll die europäische Integration als gemeinsame Gegenstra-

71 K. Hübner, Europas Ökonomien im Umbruch, in: Initial, Heft. 3, 1991, S. 247. Vgl. P. Cecchini, Europa '92 - Der Vorteil des Binnenmarktes, Baden-Baden 1988, (Kapitel 3: Protektionismus im öffentlichen Auftragswesen, Kapitel 4: Die Kosten für den Dienstleistungsbereich, Kapitel 6: Abweichende technische Vorschriften und Normen.)

72 K. Hübner, Europas Ökonomien ..., a.a.O., S. 247.

73 K.P. Weiner, Nationale Arbeitsbeziehungen ..., a.a.O., S. 242.

74 K. Hübner, Europas Ökonomien ..., a.a.O., S. 247f.

75 F. Deppe, The Future of European Community, a.a.O., S. 73.

76 K. Hübner, Europas Ökonomien ..., a.a.O., S. 248; Boyer zufolge läßt sich das Akkumulationsregime dominanter Ökonomien folgendermaßen gliedern: a) Dominant extensive Akkumulation (z.B. Frankreich in der 1. Hälfte des 19. Jhs.), b) Intensive Akkumulation ohne Massenkonsum (z.B. USA u. Frankreich zwischen den beiden Weltkriegen), c) Intensive Akkumulation mit Massenkonsum (z.B. Westeuropa und die USA seit 1950), d) Dominant extensive Akkumulation mit Massenkonsum (z.B. USA seit Mitte der 60er Jahre). Vgl. K. Hübner, Theorie der Regulation, S. 118 (siehe Tabelle).

77 P. Kennedy zufolge hat die BRD anteilmäßig an Weltexporten von Hochtechnologie-Produkten im Zeitraum von 1980-1989 in folgenden Bereichen einen Rückgang hinnehmen müssen: Mikroelektronik (-2,6%),

ategie greifen, d.h. der abnehmenden Konkurrenzfähigkeit entgegenwirken, indem die beschleunigte Umstrukturierung in Richtung postfordistischer Produktion und Arbeitsorganisation sowie der Aufbau regionaler Unternehmensnetzwerke beschleunigt wird: "Mit der fortschreitenden Dezentralisierung und Diversifizierung der Unternehmen - womit in erster Linie die Stärkung der Kerngeschäfte eines Unternehmens durch Rationalisierung und Abspaltung von Aktivitäten und die Erweiterung seines Leistungsprogramms in verwandte Bereiche gemeint ist ('lean production') - verbindet sich nicht nur die Erwartung vertikal desintegrierter Produktionsstrukturen und abgeflachter Hierarchien, sondern auch die einer zunehmenden De-Konzentrierung der Unternehmen."⁷⁸

Auch wenn diese einseitige Tendenz zur Umstrukturierung einen beschleunigten Übergang zur postfordistischen Flexibilisierung auf EG-Ebene darstellt, gilt dies nur bei gravierenden Einschränkungen: so "ist der Rückgang der durchschnittlichen Unternehmensgröße keineswegs gleichzusetzen mit dem prognostizierten 'Ende der Massenproduktion' und der auf oligopolistische Wettbewerbsformen sich gründenden Marktmacht großer Unternehmen."⁷⁹ Entsprechend argumentiert Kraditzke: Die "Neuaufteilung von Produktions- und Dienstleistungsfunktionen zwischen den Betrieben führt keineswegs per se zur Stärkung der relativen Marktmacht der kleinen und mittleren gegenüber den Großunternehmen, vielmehr u.a. auch zu einer verminderten Zahl der Zulieferer."⁸⁰ "So spricht denn heute mehr dafür, daß die Binnenmarktdynamik zuallererst zum Entstehen von 'European Giants' führt."⁸¹

Daraus ergibt sich, daß "betriebs- und unternehmensübergreifende Verbindungen, sogenannte Netzwerke auf regionaler, aber inzwischen auch auf europäischer (und auf globaler) Ebene zunehmend wichtiger" werden, um die Kohärenz des Systems zu steigern.⁸² Bezieht man dies auf die Umgestaltung der westeuropäischen Produktions- und Regulationsstruktur, so deutet sich folgende Perspektive an: "Vielleicht werden ja kleinbetriebliche Strukturen eine Zukunft in Europa haben, doch ein großer Teil der produktiven Leistungen der europäischen Wirtschaft wird nach 1992 unter dem Dach von Konzernen koordiniert werden, deren Reichweite erheblich über die Grenzen einzelner industrieller Distrikte hinausreicht." Daher "wird die industrielle Landschaft des neuen Europa keine Renaissance der Region erleben."⁸³ Eine ähnlich untergeordnete Rolle dürften auch die kleineren und mittleren Unternehmen im weiteren Verlauf der Integration spielen. Die regionalen "Linien werden von einem ganz anderen Typus informeller Beziehungsnetzwerke geprägt werden - von den 'strategischen Allianzen' zwischen Groß- (und

Computer (-4,6%), Telekommunikationsausrüstung (-7,2%), Werkzeugmaschinen und Robotik (-5%), Medizin und Biotechnik (-0,9%) und Organische Chemikalien (-1,9%). Vgl. dazu P. Kennedy, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1993, S. 201 (siehe Tabelle 8-2, nach eigener Berechnung)

78 E. Altvater/B. Mahnkopf, Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Maastricht und Maastricht, Münster 1993, S. 106.

79 Ebd., S. 107.

80 U. Kraditzke zit. n. E. Altvater/B. Mahnkopf, Gewerkschaften ..., a.a.O., S. 107f.

81 Altvater/B. Mahnkopf, Gewerkschaften ..., a.a.O., S. 108; Global betrachtet ist die Tätigkeit des TNKs in dem folgenden Satz gut zusammengefaßt: "Nach der bislang umfassendsten empirischen Bestandsaufnahme, durchgeführt vom United Nations Centre on Transnational Corporations, gibt es gegenwärtig rund 20.000 TNCs, und sie besitzen rund 100.000 Tochtergesellschaften im Ausland. Sie stehen nicht nur 'im Zentrum der Beschleunigung technologischer Innovationen', sondern sie haben in den vergangenen 20 Jahren die Internationalisierung der Produktion und des Handels von Gütern und Dienstleistungen in einer Weise vorangetrieben, die es angemessenen erscheinen läßt, von einer neuen Qualität der Markt- und Vergesellschaftungsintegration auf unserem Globus zu reden." J. Esser, Die Suche nach dem Primat der Politik, in: S. Unseld (Hrsg.), Politik ohne Projekt ?, Frankfurt 1993, S. 412.

82 Vgl. E. Altvater/B. Mahnkopf, Gewerkschaften ..., a.a.O., S. 108.

83 Ebd., S. 113.

Klein)betrieben und von den neuen 'globalen Partnerschaften' multinationaler Unternehmen in technologieintensiven Branchen."⁸⁴

4.2.3. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgemeinschaft?

Längst bildet die Aussage, daß der keynesianische Interventionsstaat an seine Grenzen geraten ist, einen Allgemeinplatz.⁸⁵ Bislang sind verschiedene Varianten des nachfordistischen Staatsmodells unter neokonservativer/neoliberaler Prägung entstanden. Allesamt stützen sie sich mehr oder minder auf die Deregulierung und Liberalisierung der Marktverhältnisse sowie auf die Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Mit der Wandlung zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik erfolgten tiefe Einschnitte ins soziale Netz und der umfassende Abbau arbeits- und sozialrechtlicher Schutzvorschriften. Der Um- und Abbau des keynesianischen Wohlfahrtsstaates schritt voran. Politisch und ideologisch findet dieser Umbruch seinen Ausdruck in der "Erschöpfung der Legitimationsressourcen moderner Demokratien". Bezogen auf den Legitimationsdruck demokratischer Systeme ist Deppe der Auffassung, daß "die relative Homogenität der Gesellschaft in der fordistischen Formation (im Sinne der Modifikation sozialer Ungleichheit und der Neutralisierung von krisenhafter Instabilität) nicht mehr zu gewährleisten ist und daß die zentralen Akteure des politischen Systems deshalb immer weniger die Funktion der Mobilisierung bzw. der Reproduktion von Legitimitätsressourcen erfolgreich wahrzunehmen vermögen."⁸⁶

Der Übergang vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum nachfordistischen Staatsmodell beruht also darauf, daß der Nationalstaat in den traditionellen Regulationsbereichen (Währung, Ökonomie, Produktion, Handel, Sicherheitspolitik, Sozialpolitik etc.) infolge der Globalisierung und Internationalisierung des Kapitals seinen Einfluß allmählich verloren hat. Daraus ergibt sich, daß die Befugnisse des Nationalstaates "nach oben an überregionale oder internationale Körperschaften, nach unten an regionale oder lokale Staa-

84 Ebd.; Für kreuzweise Direktinvestitionen und "strategische Allianzen" zwischen Triademächten nennt K. Seitz folgende Beispiele: In den Bereichen Halbleiter (Motorola und Toshiba, TI und Hitachi, IBM, Siemens und Toshiba etc.), Computer (NEC und Bull etc.), Telekommunikation (Sumitomo und AT&T etc.), Unterhaltungselektronik (Sony und CBS, Matsushita und MCA etc.), Maschinenbau und Fabrikautomatisierung (FANUC-Japan und GE-Fanuc etc.), neue Werkstoffe (Mitsubishi und Aristech Chemical Corp., Dow Chemical und Sumitomo Chemical etc.), Biotechnik (Clonetics Corp. und Kurabo Industries etc.). Vgl. K. Seitz, Die japanisch-amerikanische Herausforderung, München 1992, S. 218ff.

85 Systematische Grenzen der keynesianischen Globalsteuerung können auf den folgenden Ebenen festgehalten werden: "Die Wirtschaftspolitik ist nationalstaatlich beschränkt, während das Kapital international mobil ist (...) Damit sind zwar national unterschiedlich erfolgreiche Gegenstrategien nicht ausgeschlossen, generell bleibt aber die politische Wirkung extern begrenzt. Die Einbindung der Gewerkschaften in eine kapitalfunktionale Wirtschaftspolitik scheitert am Widerstand ihrer Mitglieder, die die vom Kapital im Aufschwung selbst produzierte Nachfrage nach Arbeitskraft für Lohnerhöhungen ausnutzen wollen (diese Grenze wurde in den Septemberstreiks 1969 deutlich) (...) Die Globalsteuerung ist aufgrund des Privateigentums an Produktionsmitteln auf die indirekte Regulierung des Nachfrageniveaus mittels Geld (Staatsausgaben, Steuervariationen) und Recht (Normen, die diese Maßnahmen umsetzen) verwiesen. Damit ist sie aber grundsätzlich an die privat-einzelwirtschaftliche Rationalität gebunden. J. Hoffmann u.a. (Hrsg.), Jenseits der Beschlußlage, Köln 1990, S. 157.

86 F. Deppe, Kapitalismus und Demokratie - Ist die Marx'sche Kritik der Politik überholt?, in: Sozialismus 9/1993, S. 56. Im Gegensatz der Krise der bürgerlichen Gesellschaft und der (labilen) Demokratie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist Fordismus als eine neue Kohärenz von Akkumulationstyp und politisch-institutioneller Regulation zu bezeichnen. "Die Erosion jenes 'Klassenkompromisses', der wesentliches Element der politischen Stabilität in der fordistischen Formation gewesen war, wird freilich nicht allein durch einen politischen Paradigmenwechsel (vom Staat zum Markt, vom Keynesianismus zum Neoliberalismus) vollzogen wird. Vielmehr hat die Krise der politischen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften in den Metropolen des Kapitals (die etwa Mitte der 70er Jahre einsetzt) selbst noch zur Auszehrung von Legitimationsressourcen beitragen." Ebd.

ten oder nach außen an relativ autonome, quer zu Nationen verlaufende Allianzen lokaler Staaten mit komplementären Interessen delegiert werden."⁸⁷ Diese Verlagerung der nationalstaatlichen Aufgaben in der EG ist beispielsweise nicht nur bei "der Steuerung von internationalen Geldbeziehungen, Auslandsinvestitionen oder Außenhandel" zu beobachten, "sondern umfaßt eine Vielzahl von sowohl ökonomischen als auch außerökonomischen angebotsseitigen Faktoren"⁸⁸. Aber "selbst dann behält der Nationalstaat eine Schlüsselrolle im Management des sich verändernden Gleichgewichts politischer Kräfte, wie es sich aus dem komplexen und widersprüchlichen Globalisierungsprozeß ergibt. Denn er ist immer noch der wichtigste Kampfplatz zwischen konkurrierenden globalen, triadischen, supranationalen, nationalen, regionalen und lokalen Kräften; und gesellschaftlicher Zusammenhalt hängt immer noch von staatlichen Fähigkeiten ab, diese Konflikte zu bewältigen."⁸⁹

Mit anderen Worten: angesichts des "Sachzwangs Weltmarkt" wird die Rolle des Nationalstaats nicht einfach von den über-/subnationalen Institutionen und Regulierungen abgelöst, sondern durch komplementäre Beziehungen erweitert. In diesem Sinne ist die Idee des Regionalstaats von K. Ohmae, bei der er hauptsächlich den Verzicht der Intervention des Nationalstaates zugunsten der Globalisierung behauptet, stark ideologisiert ("neoliberal"), oder bestenfalls idealistisch.⁹⁰ Zu Recht kritisiert J. Esser deshalb: "Ohmaes Sicht der Triade ist geprägt von neoliberalem Marktoptimismus, vor allem was die dort wirkenden Macht- und Kräfteverhältnisse anbetrifft".⁹¹ Zugleich besteht gegenüber dieser Globalisierung durch die TNK aber auch eine Gegentendenz: "Robert Gilpin has characterized them as growing mercantilist competition going together with economic nationalism, regionalization of the world economy, and finally sectoral protectionism."⁹² So gesehen, stellen sich nun zwei Fragen: a) In welcher Form wird der postfordistische Staat angesichts der neuen Herausforderung gestaltet? b) In welchem Zusammenhang steht dieser umgestaltete Staat mit der EG-Entwicklung?

Im Hinblick auf die Wandlung der kapitalistischen Staatsformen und -typen⁹³ erweist sich der postfordistische Regulationsmodus als "viel partikularistischer, dezentraler und

87 B. Jessop, Regulation und Politik - Integrale Ökonomie und integraler Staat, in: A. Demirovic u.a. (Hrsg.), Hegemonie und Staat, S. 249.

88 Ebd., S. 255f.

89 Ebd., S. 249.

90 Ohmae ist der Meinung, daß "in today's borderless world these ('region states' - Er weist auf diese region states hin, wie z.B. 'northern Italy, Wales Catalonia, Alsace-Lorraine or Baden-Württemberg' bis hin zu 'San Diego, Tijuana, Hong Kong and southern China, or the growth triangle of Singapore and its neighboring Indonesian Islands', H-G.L.) are natural economic zones and what matters is that each possesses, in one or another combination, the key ingredients for successful participation in the global economy. (...) Nation states by definition require a domestic political focus, while region states are ensconced in the global economy". K. Ohmae, The Rise of the Region State, in: Foreign Affairs, Spring 1993, S. 79 und S. 83.

91 Esser, Die Suche nach dem Primat der Politik, a.a.O., S. 419.

92 Deppe zufolge ist die Auswirkung dieses Prozesses doppelseitig: "Although the nation-state has lost sovereignty in respect of its management of the welfare state at home and its control of the financial sector, it has regained new functions in respect of a reorganization of economy and society that creates adaption to the pressure of globalization. Second the trend toward regionalization within globalization indicates profound structural changes in the international distribution of power", vgl. dazu F. Deppe, The Future of European Community, S. 73.

93 R. Cox stellt ausführlich den Transformationsprozeß der kapitalistischen Staatsformen im Zusammenhang von Produktion, Macht und Weltordnung dar: Von "the liberal state", "the fascist corporative state", "the welfare-nationalist state", "the neoliberal state" bis hin zu "the neomercantilist developmentalist state", und letztlich zur Internationalisierung des Staates, die von der Internationalisierung der Produktion begleitet wurde. Vgl. dazu R. Cox, Production, Power, and World Order, New York 1987, S. 112-271. Zur Transformation der kapitalistischen Staatstypen/-formen vgl. auch die theoretische Analyse von N. Poulantzas, Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt 1975, S. 308-320.

komplexer als der fordistische, beinhaltet eine veränderte, weniger auf zentralisierte Bürokratisierungsprozesse gestützte Form der Durchstaatlichung und gestaltet das Verhältnis von Administration und Markt, Staat und Gesellschaft um.⁹⁴ So gesehen ist der postfordistische Regulationsmodus "durch eine strukturelle Labilität gekennzeichnet, die sich aus dem erhöhten innergesellschaftlichen Konfliktpotential, hegemonialen Instabilitäten auf dem Weltmarkt sowie aus der verstärkten Abhängigkeit der nationalistischen Politik von weltweiten ökonomischen Prozessen ergibt. Die Spielräume für soziale Kompromißbildungen auf nationalstaatlicher Ebene werden dadurch erheblich begrenzt. Das Fehlen einer internationalen ökonomischen Regulation angesichts des Niedergangs der US-Hegemonie und der Tripolarisierung des metropolitanen Kapitalismus (USA, Japan, Westeuropa) sowie die Verschärfung der kapitalistischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt wird diese kritische Flanke eines postfordistischen Regulationsmodells wohl noch auf längere Sicht offenhalten."⁹⁵ Infolgedessen ist die gesellschaftliche Verteilungsfrage angesichts des Primats ökonomischer Effizienz zurückgewichen.

Die nachfordistischen Staatsvarianten haben aufgrund der eigenen Sozialstruktur, dem Regulationssystem, der eigenständigen Tradition des Klassenkampfes und der kulturellen Eigenart etc. verschiedene - z.B. neokorporatistische, neoliberale, neostatistische, und neomerkantilistische - Muster hervorgebracht.⁹⁶ Zunehmend zeichnet sich aber ab, daß der "CDU-Staat"⁹⁷, "Thatcherismus/Reagonomics" und "Staats-/Mitikapitalismus" etc. als nachfordistische Hegemonieprojekte scheitern werden.⁹⁸ Jessop prognostiziert demgegenüber die Heraufkunft des "Schumpeterianischen Leistungsstaats" (SLS). Er löst den "Keynesianischen Wohlfahrtsstaat" (KWS) ab und stellt den für das postfordistische Hegemonieprojekt angepaßten Regulationsmodus bereit: der "SLS" interveniert einerseits bezüglich des Kapitalkreislaufs auf der Angebotsseite, um Flexibilität und das Streben nach economies of scope zu fördern, und bezieht sich andererseits auf eine bedeutende Reorientierung staatlicher Sozialpolitik an den Erfordernissen flexibler Arbeitsmärkte und struktureller Konkurrenzfähigkeit.⁹⁹ Jedoch würde dieser idealtypisch vorgestellte SLS m. E. nur dann erfolgreich bleiben, wenn er sich nicht nur auf die ökonomische Innovation/Effizienz konzentriert, sondern sich auch damit beschäftigt, wie man eine demokratisch, sozial und ökologisch verträgliche Umgestaltung von Staat und Gesellschaft erreichen kann, um eine möglichst breite und dauerhafte Zustimmung seitens der Bevölkerung zu erlangen.

94 J. Hirsch, *Kapitalismus ohne Alternative ?*, Hamburg 1991, S. 112.

95 Ebd., S. 113. "Diese Entwicklung wird durch die ökonomische und soziale Krise in der Dritten Welt, den Vor- und Hinterhöfen der entwickelten Metropolen, weiter verschärft. Entsprechend ist ein einigermaßen konsistentes und globales postfordistisches Hegemonialprojekt, das dem neuen Akkumulations- und Regulationsmodus Kohärenz und Bestand verleihen könnte, noch kaum in Sicht." Ebd.

96 Vgl. B. Jessop, *Regulation und Politik*, S. 249.

97 Vgl. dazu J. Esser/ J. Hirsch, *Der CDU-Staat: Ein politisches Regulierungsmodell für den nachfordistischen Kapitalismus*, in: *Prokla*, Nr. 56, 1984, S. 51-65.

98 Vgl. R. Dahrendorf, *Der moderne soziale Konflikt*, Stuttgart 1992, S. 292

99 Im klassisch linkskeynesianisch-orientierten Kontext argumentiert K.G. Zinn gegen jene Form der Innovation: "Lauthals wurde das Ende des Keynesianischen Zeitalters und der Beginn der Ära Schumpeters verkündet (...) Versorgungsmängel letztgenannter Art lassen sich aber nur marginal durch technologische Prozeß- und Produktionsinnovationen beheben; notwendig sind soziale und politische Innovationen". vgl. dazu K.G. Zinn, *Dienstleistungsgesellschaft oder Krise des tertiären Sektors*, in: *WSI Mitteilungen* Jg. 46., 1/1993, S. 2. Trotz dieser positiven Idee bleiben m.E. bei ihm einige Fragen: a) regulationstheoretisch betrachtet, fehlen Überlegungen zum Akkumulationsregime, das an die Grenzen des Wachstums geraten zu sein scheint. b) Die Auswirkung der Globalisierung wird übersehen. c) Kann man sich nicht andere Alternativen zum keynesianischen Interventionsmodell (zur Sozial-, Beschäftigungs-, und Ökologiepolitik) vorstellen? Insgesamt hängt der Erfolg des SLS davon ab, ob und wie die angemessene Artikulation zwischen Akkumulation und Regulation als ein neues Hegemonieprojekt stattfinden kann.

Die Basis des postfordistischen Staates bildet Hirsch zufolge ein neues Akkumulationsregime, "das - auf eine Reihe neuer Techniken wie Informations-, Kommunikations-, Bio- und Gentechnologie gestützt - eine radikale Umwälzung der Arbeitsverhältnisse, der Klassenstrukturen, Konsumnormen und Vergesellschaftungsformen mit sich bringt. Was sich dabei ankündigt, ist nicht das Heraufziehen einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft, sondern ein neuer Industrialisierungsschub, der bisher eher handwerklich bestimmte Bereiche der industriellen Produktion (z.B. Maschinen- und Anlagenbau), die Landwirtschaft und vor allem den sich ausdehnenden Sektor der produktionsbezogenen Dienstleistungen einem forcierten Mechanisierungs- und Rationalisierungsprozeß unterwirft. Kennzeichen des heraufziehenden Akkumulationsregimes ist also weniger eine 'Tertiarisierung' im klassischen Sinne, sondern eine Hyperindustrialisierung, d.h. eine erneute Welle der industriellen Durchkapitalisierung von Produktion und Reproduktion."¹⁰⁰

Die Zielsetzungen des Binnemarktprojekts, der WWU, bis hin zur Politischen Union scheinen in dieser Perspektive relativ eindeutig zu sein: die Dominanz der monetären Integration - sie steht im Mittelpunkt des Vertrags zur Europäischen Union - richtet sich weniger auf die Überwindung der strukturellen fordistischen Hemmnisse, sondern zunächst auf die Verschiebung der nationalen fordistischen Modellkrise durch die räumliche (politische sowie ökonomische) Erweiterung¹⁰¹. An die Stelle des nationalen Keynesianismus scheint zunächst die Option eines Euro-Keynesianismus zu treten, d.h. der Übergang vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgemeinschaft. Aber eben dieser Weg ist höchst problematisch. Er wird durch den "extrem hohen Konsensbedarf der europäischen Politik, der institutionellen Reformen, die einen Kompetenzverzicht der nationalen Regierungen erfordern würden, außerordentlich erschwert."¹⁰²

Diese Strategie wird nun durch die Post-Maastricht-Krise weiter geschwächt. Nicht zuletzt bestehen gerade auf EG-Ebene gravierende Demokratie- und Legitimationsdefizite. "Da es auf europäischer Ebene keine Demokratie gibt, stellt sich die Frage, ob das Subsidiaritätsprinzip genügt, um unvermeidbare Legitimitätskonflikte zu lösen."¹⁰³ Insofern könnte man sagen, daß die EG als Wohlfahrtsgemeinschaft ausbleibt, solange kein entsprechendes Akkumulations- und Regulationsmodell gestaltet wird, das eine institutionelle Umgestaltung im demokratischen, sozialen und ökologischen Sinn ermöglicht.

100 Vgl. J. Hirsch, Kapitalismus ohne Alternative?, a.a.O., S. 105.

101 "Auf der einen Seite ist die westeuropäische Integration nichts anderes als die Ausdehnung des Marktes über die für (fordistische) Massenproduktion zu eng gewordenen nationalen Grenzen der - im Vergleich zum 'Mutterland des Fordismus' - kleinen europäischen Staaten hinaus, und insofern ist damit nichts wirklich Neues verbunden. Der Gemeinsame Markt verhilft zur leichteren Realisierung der notwendigen 'economies of scale' (Kostensparnis durch Großserienproduktion) und er provoziert wegen der forcierten Konkurrenz die 'economies of scope', also Kostensenkungseffekte durch 'joint production' und 'joint distribution'." E. Altvater/B. Mahnkopf, Gewerkschaften ..., a.a.O., S. 80.

102 Vgl. F. Scharpf, Europäischer Keynesianismus als Ausweg?, in: ders. Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt 1987, S. 325.

103 Vgl. G. Ziebura, Nationalstaat, Nationalismus, supranationale Integration, in: Leviathan, Heft. 4, 12/1992, S. 488.

4.2.4. Von der hegemonialen Ordnung zur posthegemonialen (Un)Ordnung

4.2.4.1. Monetäre Integration nach "Bretton Woods": Aufstieg und Erosion des EWS-Systems

Das auffälligste Merkmal der fordistischen internationalen Beziehungen war die dominante Rolle der U.S.A. als Hegemon mit dem Weltgeld "Dollar". Nahezu alle internationalen Handelstransaktionen wurden in US-Dollar verrechnet. Institutionalisiert war diese Dominanz unter anderem im Wechselkursmechanismus des Bretton Woods Systems. Auf Grundlage der US-Hegemonie konnte überdies das GATT errichtet und dessen multilateralen Freihandelsziele vorangebracht werden. Aber die anfängliche Produktivitätsüberlegenheit der USA ließ im Laufe der Jahre nach. Durch den Beginn der fordistischen Krise im Inneren und durch den Aufstieg der europäischen Länder (insbesondere Deutschlands) und den späteren Aufstieg Japans büßten die USA ihre herausgehobene Stellung ein. So wandelte sich die amerikanische Hegemonie in den Bereichen Währung, Ökonomie, Produktion und Technologie von absoluter Dominanz zu relativer Überlegenheit. Nicht zuletzt haben die finanziellen Aufwendungen für den Vietnamkrieg und das Johnsons Programm der "Great Society"¹⁰⁴ unmittelbar zum Verlust der amerikanischen Hegemonie geführt und damit die Krise des Dollar verursacht.

Paradoxerweise hat die Herausbildung der EWG - als ein Produkt des Kalten Krieges sollte sie in ökonomischer Konkurrenz zu den USA zugleich deren Produktivitätsüberlegenheit aufholen - massive Direkt-Investitionen amerikanischen Kapitals hervorgebracht. Auf der Suche nach Anlagesphären erschloß sich das US-Kapital Westeuropa; in der Folge expandierte der Euro-Dollar-Markt. Er wuchs insbesondere durch die Petrodollars, die durch den Anstieg des Ölpreises in den Jahren 73/74 und 80/81 über den realen Kapital- und Warenimporten lagen, und somit auf die Finanzmärkte drängten.

Nachdem der Dollar in ein flexibles Floatingsystem übergegangen war - Präsident Nixon hatte die Gold-Konvertibilität wegen der zunehmenden Zahlungskrise der USA 1971 aufgehoben - war das Bretton Woods System mit der Smithothian-Abmachung praktisch zusammengebrochen. In der Folgezeit bildeten die westeuropäischen Zentralbanken den ersten Wechselkursverband und bemühten sich mit dem berühmten "Schlangen-System" (an der Spitze dieses Systems lag die DM) um eine gemeinsame Währungskooperation. In dieser veränderten Situation wurde die erste Wirtschafts- und Währungsunion ("Werner Plan") in der EG nach dem Abkommen der Den Haager Konferenz von 1969 geplant. Der Dollar mußte und durfte nicht mehr unbeschränkt als Ankerwährung benutzt werden. Da die Handelsverflechtung sich vertiefte, und daher die Bedeutung der Devisentransaktionen zunahm, war es erforderlich, einen ähnlichen Wechselkursmechanismus wie das Bretton Woods System auf europäischer Ebene zu schaffen. Jedoch

104 "While budget expenditure had only risen from 75 to 125 billion between 1955 and 1965, it climbed from 125 billion to 200 billion between the fourth quarter of 1965 and the first quarter of 1969. This increase resulted both from the military expenditure occasioned by the American war in Vietnam, and from a growth in social expenditure and outlays on the administrative services required by Lyndon Johnson's project of the 'Great Society'. More important than this change in the actual rate of growth was the new inflexibility of the increased expenditure on welfare programmes and the financing of public services". M. Aglietta, *A Theory of Capitalist Regulation ...*, a. a. O., S. 239. Vgl. auch R. Kuttner, *The End of Laissez-Faire*, New York 1991, S. 64f sowie B. M. Gross (Hrsg.), *A Great Society ?*, New York 1968.

Eindrucksvoll macht H. Schmidt, Gründungsvater des EWS angesichts der jüngsten Krise dieses Systems auf das Problem aufmerksam: "Unsere politische Klasse insgesamt sollte sich aber die geschichtliche Parallele der defizitären Finanzierung des Vietnam-Krieges durch die Amerikaner und den dadurch ausgelösten Zusammenbruch des Dollar als Ankerwährung der Welt ins Bewußtsein heben", H. Schmidt, *Ein Rückschlag für uns - und Europa*, in: *Die Zeit* vom 6.8.1993, S. 1.

scheiterte dieser erste Wechselkursmechanismus und der "Werner Plan" im Zuge der Weltwirtschaftskrise von 1973-75 vollständig (siehe. II.2.).

Die Anstrengungen zu einer gemeinschaftlichen Zusammenarbeit gegenüber den schwankenden Bocksprüngen des Dollars werden gegen Ende der 70er Jahre jedoch wieder aufgenommen. Helmut Schmidt erinnert sich an die damalige Situation: "Ursprünglich stand der Dollar bei 4,00 D-Mark, dann bei 1,70 DM, dann wieder bei 3,40 DM, dann ging es abermals auf 1,70 DM. Das war kein Anker mehr, sondern ein Jo-Jo."¹⁰⁵ Infolgedessen wurde unter der Initiative von Deutschland und Frankreich in den Jahren 1978/79 das EWS gebildet.¹⁰⁶ Die wirtschaftliche Koordination war aus dem EWS völlig herausgenommen. Lediglich währungspolitisch wurde kooperiert. Wichtige Ergebnisse bildeten demnach: "die Einführung der Europäischen Währungseinheit (ECU), die Fixierung der Wechselkurse zwischen den EG-Währungen und die Erweiterung der Kreditmechanismen im Rahmen des Europäischen Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit (EFWZ)."¹⁰⁷ Damit erhielt das EWS folgende Funktionen: erstens die Koordinationsfunktion ungleicher Handelsbilanzen durch künstliche Wechselkursrealignments und zweitens die Funktion monetärer Stabilität mit der DM als Ankerwährung.

Diese Aufgaben erfüllte das EWS-System relativ erfolgreich, so daß keines der beteiligten Länder dieses System bis zum Herbst 1992 verließ. Die offizielle Begründung lautet denn auch: durch das EWS-System wurde eine restriktive Fiskalpolitik erzwungen. Dadurch konnten die Mitgliedstaaten ein stabiles Wachstum erreichen und eine weltmarkt-orientierte Modernisierungsstrategie durchsetzen. So stieg die Wachstumsrate des BSP und die Kapitalrentabilität auf das Niveau von 70-90% der 60er Jahre. Das EWS bewährte sich daher in den 80er Jahren als Instrument zur Inflationsbekämpfung; Realignments wurden seltener.

Zwei Faktoren blockierten allerdings in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die EWS-Funktionen:

Erstens wurden trotz der realökonomischen Verschiebungen und zunehmenden Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten seit 1987 die Wechselkurse wegen politischer Gründe (angesichts des Binnenmarktprojekts und der Integrationsperspektive zur WWU bzw. Politischen Union) nicht mehr verändert. Dieser Punkt konnte vor dem Beginn der Rezession, d.h. als die Konjunktur günstig war und die Perspektive der Integration optimistisch erschien, in Europa reguliert und bewältigt werden. Aber die wirtschaftliche Rezession seit 1991 machte es zunehmend schwieriger, die Spannungen im EWS auszuhalten.

Zweitens hat die Geldpolitik der Bundesbank nach der deutschen Wiedervereinigung die Spannungen im EWS entscheidend verstärkt. Infolge der unüberschaubaren Währungsunion zwischen den beiden Teilen Deutschlands war die Finanzierung durch die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte unabdingbar geworden; die inflatorische Geldaufblähung zwang die Bundesbank zur Hochzinspolitik. Daher ist das Verhältnis zwischen den realwirtschaftlichen Zuständen (Inflationsrate, Verschuldungsniveau, Wachstumsrate, Arbeitslosigkeit und Geldzinsen) und dem Zinsniveau weiter auseinandergegangen. In dieser Situation hat die unsichere Perspektive der WWU - verursacht durch das dänische Votum - die schwächeren Währungen innerhalb des EWS der Spekulationsgefahr

105 Ebd.

106 "In 1979, this system was formalized with the creation of a European Monetary System (EMS), which operated as a mini-Bretton Woods." R. Kuttner, *The End of Laissez Faire*, S. 67.

107 K. Busch, *Nationalstaat und Europäische Integration ...*, a.a.O., S. 264-265.

ausgesetzt. England und Italien verließen daher schließlich das EWS. Dies war die erste Turbulenz des EWS im Herbst 1992.

Danach wurden Escudo und Peseta jeweils Ende des Jahres '92 und am Anfang des Jahres '93 um 6% abgewertet, und im Januar wurde das irische Pfund zur 10%igen Abwertung gezwungen. Abermals im Mai mußten Peseta und Escudo um 8% bzw. 6.5% abgewertet werden. Dennoch lehnten die EG-Finanzminister im Mai im dänischen Kolding die Veränderung der EWS-Regeln ab und sprachen lediglich über flexiblere Operationen.

Da in der Tat das Gewicht der südeuropäischen Währungen und des irischen Pfunds im EWS relativ gering ist, schienen die sonstigen Probleme bewältigt werden zu können; zumindest solange wie der harte Kern des EWS (Deutschland, Frankreich, Benelux-Länder) - das Währungskorbgewicht dieser Länder im EWS beträgt ca. 70.9%¹⁰⁸ - von der Spekulationsgefahr verschont bliebe. Aber unter der andauernden Rezession haben die unterschiedlichen Zielsetzungen und ökonomischen Indices zwischen den Kernländern - insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich - die relativ schwächeren Währungen wiederum der Spekulationsgefahr ausgesetzt. Mit anderen Worten: Deutschland wollte die Hochzinspolitik¹⁰⁹ nicht aufgeben und in der Rezessionsphase die ungeliebte DM-Aufwertung nicht wagen. Im Gegenzug hat Frankreich einen Geldzins über 8% aufrechterhalten, um sich dem deutschen Zinsniveau anzupassen; die Inflationsrate lag dabei unter 2%.¹¹⁰ Zudem war die Abwertung des Franc sowohl wegen der realwirtschaftlichen Fakten als auch wegen des politischen Prestiges für die französische bürgerlich-konservative Koalitionsregierung eine undenkbbare Option geworden.

Die Spannungen im EWS standen kurz vor der Explosion. Als jedoch die Bundesbank Ende Juli den Lombardsatz lediglich um 0,5% senkte und den wichtigen Diskontsatz unverändert ließ, fanden massive Verkäufe der schwächeren Währungen, insbesondere des Francs statt. Das hatte die drastische Erweiterung der Bandbreiten von +/-2,25 bzw. 6% auf +/-15% durch Beschluß der Finanzminister im EG-Währungsausschuß zur Folge. Kurz vor der zweiten Stufe der WWU (ab 1. Jan.'94) wurde das EWS damit faktisch suspendiert. Der geplante Übergang vom EWS auf die EWI-Stufe hat mit dem gegenwärtigen "verpackten Floating", ohne Re-koordinierung der Währungsparitäten wenig Sinn. Letztlich stellen die Turbulenzen den gesamten Terminplan zur WWU in Frage.

Regulationstheoretisch ist die gegenwärtige Krise wie folgt zu interpretieren: Mit dem Zusammenbruch des Fest-Wechselkursmechanismus des Bretton Woods Systems war die Schaffung eines Koordinationsmechanismus von Wechselkursen auf regionaler Ebene notwendig, da hier ein hoher Verflechtungsgrad von Handel, Produktion und Kapitalverkehr bestand. Jedoch setzt der weitere qualitative Sprung zur einheitlichen Währung die

108 Vgl. Handelsblatt vom 10.8.1993, S. 7.

109 Der amerikanische Nobelpreisträger, MIT Professor R. Solow, verglich die Hochzinspolitik Deutschlands mit der US-Politik unter Reagan: "Deutschland erlebt jetzt etwas Ähnliches wie die Vereinigten Staaten unter Reagan: eine expansive Finanzpolitik verbunden mit einer restriktiven Geldpolitik. Damals bekamen wir ein überhöhtes Budgetdefizit, überhöhte Zinsen und in der Folge Mitte der achtziger Jahre eine gewaltige Aufwertung des Dollars. Dies wurde zur Ursache vieler unserer heutigen Probleme." Zeit-Gespräch mit Robert Solow, "Einstweilen gefährlich", in: Die Zeit vom 6.8.1993, S. 16.

110 "In Frankreich liegt die Inflationsrate mit 1,6 Prozent so niedrig wie nirgends auf der Welt - und trotzdem schraubte Premierminister Balladur die Geldmarktzinsen auf über 10 Prozent. Das widerspricht dem gesunden Menschenverstand (...) Die Pariser Regierung nahm aus nationalem Stolz zwei Prozent mehr Arbeitslose in Kauf, nur um den Franc nicht zwei Prozent gegenüber der Mark abwerten zu müssen. Das konnte nicht länger gutgehen." Interview mit dem US-Ökonom R. Dornbusch über die Turbulenzen im EWS, "Wir brauchen die Spekulanten", in: Der Spiegel vom 9.8.1993, S. 76.

Existenz eines Hegemons voraus. Indem dieser die Anker-, d.h. die Interventions- und Reservewährung bereitstellt, stabilisiert er die Währungsbeziehungen.¹¹¹

Die Bedeutung und Entwicklung des EWS erschließt sich somit aus den folgenden vier Faktoren: 1) Seit 1988¹¹² bewegt sich der Dollar auf einem relativ stabilen Niveau (insbesondere in den letzten zwei Jahren von 1.4 bis 1.8 DM zu 1 US Dollar). Das EWS verliert an Bedeutung, wenn der Wechselkurs und die Interventionsreichweite der DM als der tatsächlichen Ankerwährung über diesen Schwankungsbreiten des Dollar liegt. 2) Unter den derzeitigen Bedingungen (keine plötzlichen großen Veränderungen des Dollar) und solange die Situation Deutschlands bei der Bewältigung der Probleme der deutschen Einigung unverändert bleibt, ist die Vollendung der WWU nicht notwendig und unrealistisch. 3) In der andauernden Rezession bedürfte es weniger des künstlichen Wechselkurskoordinationszwangs als einer nationalstaatlichen Geldpolitik, die die Konjunktur belebt und die Arbeitslosigkeit verringert. 4) Die besondere Situation der EG besteht darin, daß eine Hegemoniemacht oder eine starke Zentralregierung fehlt, die die Wirtschafts- und Währungspolitik konsensual kontrolliert.

Obwohl die Integration fortgesetzt wird, wird die Verwirklichung der WWU letztlich eher von politischen Entscheidungen, als von der ökonomischen Konvergenz abhängig sein. Die Geschichte der Integration hat gezeigt, daß Integrationsfortschritte nicht immer mit einer Angleichung der ökonomischen Entwicklung einhergehen. Also könnte die Verwirklichung der WWU auf die folgenden internen und externen variablen Faktoren angewiesen sein: a) Ob der Dollar wieder in starke Schwankungen gerät. b) Ob Deutschland mit der DM eine starke Ankerwährung bereitstellt, d.h. ob eine schnelle und stabile Konsolidierung Ostdeutschlands gelingt. c) Ob die EG-Länder mit der Wiederbelebung der Konjunktur die nationalstaatliche Geldpolitik einer gemeinschaftlichen Koordination unterordnen. Angesichts derartiger Ungewißheiten glauben momentan nur wenige Leute, daß der im Maastrichter Vertrag festgelegte Terminplan zur WWU eingehalten werden kann.

4.2.4.2. Das "Modell Deutschland" in der Krise: hegemoniale Ambitionen ohne Substanz?

Eine wichtige Ursache für den Verlauf der Weltwirtschaftskrise liegt darin begründet, daß die USA ihre Führungskraft teilweise verloren haben und somit nicht mehr als "Konjunkturlokomotive" fungieren können. Stattdessen bildet das dominante Charaktermerkmal der post-hegemonialen Ära die Triade-Konkurrenz zwischen der EG, den USA

111 "Die europäischen Volkswirtschaften sind immer noch sehr verschieden und haben ihre spezifischen Probleme. Nehmen Sie die Vereinigten Staaten: Kalifornien, Michigan und New York sind sich auch nicht viel ähnlicher als Frankreich, Spanien und Deutschland. Der große Unterschied ist jedoch, daß wir eine gemeinsame Bundesregierung mit einem großen Budget haben. Etwas Vergleichbares gibt es in Europa nicht. Für eine funktionierende Währungsunion brauchen Sie entweder eine zentralisierte Fiskalpolitik, und davon ist Europa noch weit entfernt. Oder Sie brauchen eine sehr enge Zusammenarbeit der Finanzpolitiker und gleichzeitig die Bereitschaft einiger Länder, in ihrer eigenen Finanzpolitik Rücksicht auf die Bedürfnisse der anderen zu nehmen. Dies wird jahrzehntelange Erfahrung und Zusammenarbeit erfordern. Einstweilen wäre eine Währungsunion gefährlich". R. Solow, a.a.O., S. 16.

112 Nach dem Plaza-Abkommen 1985, in dem die Finanzminister der führenden Nationen der Welt eine koordinierte Attacke auf den Dollar beschlossen hatten, wurde der Dollar zum japanischen Yen und der D-Mark von 1985 bis 1987 um fast die Hälfte abgewertet. Vierzehn Jahre nach dem Smithsonian-Treffen 1971 wiederholte sich das gleiche Spiel im Plaza-Hotel. Aber dieses Mal war die Auswirkung noch größer als je zuvor. Es fand jedoch keine Verbesserung der Handelsbilanz der USA statt. Im Gegenteil, das amerikanische Handelsdefizit wurde noch größer. Als der damalige Finanzminister J. Baker trotz des auf Rekordhöhe gestiegenen monatlichen Handelsdefizits mit Japan die weitere Abwertung des Dollar im Oktober 1987 angekündigt hatte, geriet der Börsenmarkt in Turbulenzen; der Börsenkrach begann. Vgl. dazu D. Burstein, Yen - Die japanische Herausforderung, S. 166ff und A. Lipietz, Towards a New Economic Order - Postfordism, Ecology, and Democracy, Cornwall 1992, S. 114.

und Japan. In Westeuropa wirkten vor allem Deutschland und Frankreich als treibende Kräfte regionaler Machtzusammenballung.

Reinhard Rode präzisiert den Hegemoniebegriff folgendermaßen: "Zu der Stabilisierungs- und Wachstumsleistung hat der Hegemon in einer marktwirtschaftlich orientierten Region auch noch die Liberalisierung zu befördern sowie als Kreditquelle (lender of last resort) zu fungieren. So verstanden ist die Hegemonierolle keine drückende Vorherrschaft, sondern eine kooperative Führungsrolle, die mit der Zustimmung der anderen ausgeführt wird."¹¹³ Im Hinblick auf die EG-Analyse muß freilich der Hegemon- bzw. Hegemoniebegriff sorgfältig und differenziert angewandt werden. Denn trotz der relativen ökonomischen Stärke Deutschlands gibt es in der EG noch keine Hegemonialmacht, sondern allenfalls eine *potentielle oder partielle Hegemoniemacht*. So ist Deutschland nur begrenzt in der Lage, die ökonomischen Aufgaben des Wachstumsmotors und der Kreditquelle zu erfüllen.

Die Rolle Deutschlands als Euro-Hegemon wird jedoch in Frage gestellt, weil einerseits die Krise des "Modells Deutschland" angesichts der Triadekonkurrenz die Übernahme dieser Aufgabe (partielle Hegemonierolle) zu vereiteln droht, und andererseits die Auswirkungen der deutschen Einheit eine zusätzliche Überforderung darstellen. Die Bundesrepublik droht in den 90er Jahren in der Triade an Einfluß zu verlieren. Ihr Exporterfolg - ausgedrückt in anhaltenden Handelsüberschüssen - ist nicht auf neuen Technologien und Zukunftsindustrien begründet. Er basiert vielmehr auf den Vorteilen der deutschen Unternehmensstruktur und der europäischen Vernetzung.¹¹⁴ Die deutsche Wirtschaft ist also - mehr als andere - auf ihre "europäische Basis" angewiesen. Im Telekommunikationsbereich z.B. beschränkt sich die Überlegenheit von Siemens hauptsächlich auf Westeuropa. Auf dem amerikanischen Markt dagegen spielt Siemens nur eine untergeordnete Rolle. Zudem wurde der deutsche Maschinenbau, der noch vor 10 Jahre eine absolut überlegene Position einnahm, inzwischen in vielen Bereichen von Japan überholt.¹¹⁵

Angesichts der strukturellen Wettbewerbsschwäche erwartet die Memo-Gruppe, daß "allein die drei jeweiligen Spitzenreiter der Chemie- und Automobilindustrie (...) ihr Personal (ganz überwiegend im Inland) bis 1994 um mindestens 45.000 Beschäftigte verrin-

113 R. Rode, Deutschland: Weltwirtschaftsmacht oder überforderter Euro-Hegemon ?, in: B. Schoch (Hrsg.), Deutschlands Einheit und Europas Zukunft, Frankfurt 1992, S. 214.

Zu der weiteren Definition über Hegemon und Hegemonie ist die Analyse von Jakobitz hilfreich. Internationale Hegemonie ist ihm zufolge eine spezifische Form der Herrschaft der am höchsten entwickelten kapitalistischen Nation. "Tatsächlich aber liegen die Wurzeln des Verhältnisses von Führung und Gefolgschaft in einer dreifachen Internationalisierung hegemonialer Verhältnisse in den subordinierten Nationen: 1. Der Ökonomie des Hegemons kommt in dem internationalen historischen Block die Rolle eines Motors universeller Expansion zu (...) 2. Nachdem ideologische Antagonismen eliminiert worden sind, internalisiert die Gefolgschaft die universelle Philosophie des Hegemons (...) 3. Die sozioökonomische Entwicklung des Demiurgen bringt ein neues Akkumulationsregime hervor, das auf der Basis eines historisch spezifischen Typs von Fabrik - der fordistischen Fabrik im amerikanischen Fall - die Beziehungen zwischen Produktion und Konsumption, Staat und Ökonomie, sowie zwischen den grundlegenden Klassen der Gesellschaft determiniert." R. Jakobitz, Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, in: FEG Arbeitspapier Nr. 5, Marburg 1991, S. 31.

114 "Woran aber lag es, daß die Partnerländer in der Europäischen Gemeinschaft zum 'Opfer' bundesdeutscher Exportüberschüsse wurden? (...) Der entscheidende Grund ist vielmehr in den unterschiedlichen nationalen Produktionsstrukturen der EG zu suchen. Bestimmend für die Stellung der Bundesrepublik in der Hierarchie internationaler und europäischer Arbeitsteilung ist das Spezialisierungsprofil ihrer Industrie, das vor allem durch eine sektorale Kohärenz im Investitionsgüterbereich gekennzeichnet ist und zwar nicht erst seit 'gestern'." M. Bonder, B. Röttger, G. Ziebur, Deutschland in einer neuen Weltära, Opladen 1992, S. 164.

115 Vgl. R. Rode, Deutschland: Weltwirtschaftsmacht oder überforderter Euro-Hegemon?, S. 219f. Daher lautet Rodes Schlußfolgerung: "Die gegenwärtigen deutschen Exporterfolge verschleiern die Schwächen für den Wettbewerb der Zukunft. Bei den sogenannten Hochtechnologie- oder Zukunftsindustrien sind die Schwächen der Deutschen und damit auch der europäischen Wirtschaft unübersehbar." Ebd., S. 220.

gern" wollen.¹¹⁶ Die Computer- und Elektronikindustrien sind ihrer Meinung nach wegen Überkapazitäten und Nachfrageverschiebungen in eine ernsthaften Strukturanpassungskrise geraten.¹¹⁷ Andere Analysen sehen die entscheidende Schwäche Deutschlands in den sog. Zukunftsindustrien wie bei den Informationstechnologien, neuen Produktionsstoffen, in der Halbleiterindustrie etc. Laut Konrad Seitz ist die Überlegenheit von deutschem "mechanical engineering" gegenüber dem japanisch-amerikanischen "bio-engineering" deutlich zurückgegangen.¹¹⁸ Seines Erachtens ist die Position der deutschen Industrie quantitativ nur konkurrenzfähig, wenn sie auf dem Boden der europäischen Integration steht. Wenn diese teilweise übertriebene Warnung vor der Bedrohung der technologischen Kolonialisierung durch die USA und Japan zur weiteren Beschleunigung der EG-Integration aufruft¹¹⁹, verbirgt sich dahinter die Intention, das bedrohte "Modell Deutschland" durch die "Germanisierung" Europas ablösen zu wollen.¹²⁰

Während einerseits versucht wird, das Verhältnis zwischen Akkumulation und Regulation von "economies of scale" auf "economies of scope" umzuwandeln, setzt sich andererseits mit dem deregulierten Binnenmarkt das Bemühen durch, die "economies of scale" hinsichtlich der Triadekonkurrenz zu vertiefen. Die deutsche Wiedervereinigung markiert jedoch einen entscheidenden Wendepunkt. Die Rolle des ökonomischen Hegemons wurde durch die Übernahme der DDR entscheidend geschwächt. Zunehmende Haushaltsdefizite und die Neuverschuldung "zwangen" ihn zum Verzicht auf die Interventionsfunktion der Ankerwährung. Der enorme Kreditbedarf der ehemaligen osteuropäisch-sozialistischen Länder und der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion schien die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu überschreiten. So trägt die BRD 20% der Ostkredite im Pariser Club; sie ist damit der größte Gläubiger. Auch Rode sieht darin Gefahren: "Bei der Ostverschuldung könnten sich der Bund und vor allem die deutschen Banken sehr wohl übernehmen und wie die US-Banken mit ihrem Lateinamerika-Engagement ins Trudeln geraten."¹²¹ Allein für Ostdeutschland sind die Belastungen enorm. Laut Experten-Meinung müssen bis zum Jahr 2000 jährlich zwischen 130 Mrd. und 150 Mrd DM in Ostdeutschland investiert werden, um einen Gleichstand zwischen Ost und West zu erreichen. Hierfür wäre ein jährliches Wirtschaftswachstum von 15% in Ostdeutschland notwendig.¹²² Aber trotz der massiven finanziellen Transfers nach Ostdeutschland wird erwartet, daß das Wirtschaftswachstum aufgrund der Rezession im Jahr 1992 und im Jahr 1993 um 5-6% zurückbleibt.

116 Vgl. dazu Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '93, Köln 1993, S. 133. J. Bischoff weist auch darauf hin, daß allein in der deutschen Automobilindustriebranche, ein Abbau von 200.000 Arbeitsplätzen in den nächsten 5 Jahren zu erwarten ist. vgl. J. Bischoff, Ein überlebter Akkumulations- und Regulationstypus, in: Initial, Nr. 5, 1992, S. 11.

117 Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '93, a.a.O., S. 134.

118 Vgl. K. Seitz, Die japanisch-amerikanische Herausforderung - Europas Hochtechnologieindustrien kämpfen ums Überleben, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10-11, Feb. 1992, S. 4.

119 In diesem Zusammenhang schlägt Seitz die 6 folgenden Leitlinien vor: 1) Die Integration der Europäischen Gemeinschaft mit voller Geschwindigkeit vorantreiben, 2) Die "leichten Märkte" des Ostens dürfen uns nicht ablenken von der globalen Herausforderung, 3) Einen Nordatlantischen Kooperationsraum schaffen, 4) Ausbau der Zusammenarbeit mit Japan nach dem Prinzip der Reziprozität, 5) Neue Wirtschaftstheorien und -politiken für das Informationszeitalter, 6) Eine zukunftsorientierte Kultur schaffen. Vgl. K. Seitz, Die japanisch-amerikanische Herausforderung, München 1992, S. 350ff.

120 Vgl. B. Röttger, Das "Modell Deutschland" in der Bredouille, in: Links, Nr. 269, 10/1992, S. 14.

121 R. Rode, Deutschland: Weltwirtschaftsmacht oder überforderter Euro-Hegemon ?, a.a.O., S. 216.

122 "Zum Vergleich: Das sog. Wirtschaftswunder der 50er Jahre bescherte der Bundesrepublik ein jährliches Wachstum von 'nur' 7,9%. Der Osten benötigte heute doppelt so viel, um den Westen bis zum Jahr 2000 einzuholen." J. Priewe/R. Hickel, Der Preis der Einheit, Frankfurt a.M. 1991, S. 124.

Nicht zuletzt ist die Beschäftigungskrise sowohl in Ostdeutschland infolge der rücksichtslosen Privatisierung durch die Treuhand¹²³, als auch in Westdeutschland wegen des strukturellen Umbaus sehr ernst geworden. Die Situation in Ostdeutschland ist dramatisch: "1989 waren ca. 9,7 Millionen Ostdeutsche erwerbstätig, Anfang 1993 nur noch knapp sechs Millionen. Von diesen arbeiteten ungefähr 540.000 als Pendler in Westdeutschland. Knapp 400.000 waren im Rahmen von ABM befristet beschäftigt, mehr als 500.000 arbeiteten kurz. Rechnet man die Kurzarbeit auf Vollzeitarbeitsplätze um, so hat sich die Zahl der Arbeitsplätze zwischen 1989 und 1992 nahezu halbiert."¹²⁴ Durch die anhaltende Rezession in Gesamtdeutschland wird diese Misere nochmals verstärkt. Die offizielle Arbeitslosigkeit wird im kommenden Jahr vermutlich auf über 4 Millionen Personen steigen¹²⁵. Da sich die Beschäftigungslage, selbst wenn sich die Konjunktur positiv entwickeln würde, wohl nicht bessern wird, bildet sie einen strukturellen Krisenfaktor.

Insgesamt wurde die Krise der EG-Integration durch den Prozeß der deutschen Vereinigung beschleunigt. Die hegemonialen Ambitionen Deutschlands in den Bereichen Ökonomie, Finanzen, Technologie und Produktion sind eher geschwächt als gestärkt worden. Ohne Alternative zum geschwächten Euro-Hegemon kann die Krise der EG-Integration in den nächsten Jahren noch andauern. Zudem ist zu vermuten, daß das vorherrschende Interesse an der EG-Integration in Deutschland nachläßt.¹²⁶

R. Rode faßte - noch vor zwei Jahren - die Aufgaben europäischer Politik in ein eher optimistisches Szenario: "Mit dem Zerfall des Realsozialismus ist Europa unter vierfachen Erfolgswang geraten. Erstens muß es die maroden Ökonomien und Gesellschaften Osteuropas modernisieren und integrieren helfen, zweitens muß es einen weiteren Integrationsschub innerhalb der EG vollbringen, drittens darf es beim internationalen Wettbewerb nicht den Anschluß verlieren und viertens hat es den größer gewordenen europäischen Wirtschaftshegemon Deutschland einzubinden. In allen vier Fällen braucht Europa Deutschland und Deutschland dringend Europa. Alleingänge und Sonderwege wären für die Region gleichbedeutend mit dem Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Der Schlüssel zum vierfachen Erfolg liegt in einem neuen Wirtschaftswunder in Ostdeutschland."¹²⁷ Seitdem hat sich die Realität - entgegen der angenommenen bzw. postulierten wirtschaftlichen Belebung - gerade in die umgekehrte Richtung bewegt. Die gegenwärtige Krise der EG-Integration spiegelt somit die typische Instabilität postfordistischer Hegemonie in der EG wider.

123 "Entscheidenden Einfluß auf den Arbeitsmarkt hat die Politik der Treuhandanstalt, unter deren Dach sich noch über 6000 Betriebe mit ca. 1,4 Millionen Beschäftigten befinden". vgl. Memorandum '92, Gegen den ökonomischen Niedergang - Industriepolitik in Ostdeutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Mai, 1992, S. 620.

124 Ebd., S. 619. Die Zahlen von 1993 werden durch den Aufsatz von J. Bischoff, Wirtschaftsstandort Deutschland, in: Sozialismus, 7/1993, S. 31, aktualisiert.

125 Vgl. Handelsblatt 17.6.1993, S. 1.

126 Hierauf weist K.P. Weiner hin: "Die schwindende Zustimmung zur europäischen Integration, wie sie in den Referenden und in Meinungsumfragen deutlich wird, zeigt, daß das Ende der Systemkonkurrenz eben auch alte europapolitische Leitbilder entwertet hat (...) Sowohl CSU als auch CDU haben sich von dem Ziel der Vereinigten Staaten von Europa verabschiedet". K.P. Weiner, Europa am Scheideweg, in: Sozialismus, 7/1993, S. 77.

127 R. Rode, Deutschland: Weltwirtschaftsmacht oder überforderter Euro-Hegemon?, S. 222-223.

4.2.4.3. Internationale Handelsbeziehungen am Scheideweg - zwischen "regionaler Liberalisierung" und globalem "managed trade"

Die Veränderung der internationalen Hegemonie ist neben dem Währungsbereich deutlich in den Bereichen Handel und Produktion zu sehen. Die internationalen Handelsbeziehungen veränderten sich in der posthegemonialen Ära insbesondere im Hinblick auf die EG-Entwicklung. Das GATT, das den liberalen Handelspraktiken unter amerikanischer Hegemonie diente, basierte auf den folgenden Grundprinzipien: "Nichtdiskriminierung zwischen Handelspartnern, Schutz der einzelstaatlichen Industrien durch die Zolltarife, Konsolidierung der Zolltarife in Zollprogrammen, Verhandlung mit den Handelspartnern zum Ausgleich der Erhöhungen, Einführung von Konsultations- und Schlichtungsverfahren sowie auf dem Verbot mengenmäßiger Beschränkungen".¹²⁸ Regionale Handelsabkommen - z.B. Zollunion und Freihandelszonen - sind G. Langguth zufolge dabei erlaubt, aber nicht unumstritten.

Mit der Regionalisierung der Weltwirtschaft und der Zunahme nicht-tarifärer Hemmnisse einerseits und dem Verlust der amerikanischen Hegemonie andererseits erodierte jedoch die liberale Struktur der fordistischen Handelsbeziehungen. Unter den liberalen Handelspraktiken konnten Marktzugang, Zollbegünstigung, und geringe Restriktionen etc. relativ konfliktfrei gewährleistet werden. Das war vor allem dank der aktiven und passiven materiellen Konzessionen der USA möglich. Selbstverständlich konnten die USA davon auch selbst profitieren, solange ihre Produktivitätsvorteile gegenüber anderen Konkurrenten aufrechterhalten wurden. Aber aufgrund der mittlerweile fast ausgeglichenen ökonomischen Stellung zwischen den entwickelten Nationen und Regionen konnte das bestehende System, das notwendigerweise auf Konzessionen seitens des Hegemons basierte, nicht mehr beibehalten werden.

Die allmähliche Veränderung der internationalen Hegemonie spiegelte sich darin wider, daß versucht wurde, das institutionelle Gefüge anzupassen. Während die ersten sechs Verhandlungsrunden des GATT bisher wesentlich zu linearen Zolllenkungen führten, stellen nunmehr die divergierenden Handelspolitiken bzw. -maßnahmen und die zunehmenden bilateralen Abkommen die Funktion der multilateralen Handelsregulierung durch das GATT zunehmend in Frage. Daher wurden erst in der siebten - der "Tokyo Runde" (1973-1979) - zusätzliche Verhandlungen zur Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse geführt.¹²⁹

Als die Zollunion 1969 frühzeitig verwirklicht wurde, hatte die EG im Inneren die Beseitigung der Handelsbarrieren vollendet. Danach richtete sich das Hauptziel des Binnenmarktprojekts einerseits auf die weitere Vereinheitlichung und Harmonisierung von unterschiedlichen Normen, technischer Standardisierung etc. und andererseits auf die Abschaffung der finanziellen und personellen Hemmnisse durch die Deregulierung. Dabei sollte die Regulierung im Bereich des Handels weiterhin regional harmonisiert und global differenziert werden, während der daraus entstandene Verlust durch gemeinsame Regulierungen (bsp. Agrarfonds etc.)¹³⁰ kompensiert wurde. Angesichts der multilateralen

128 G. Langguth, Wird das GATT-System überleben?, in: Außenpolitik 3/1992, S. 220.

129 Zum Beleg sind die vorherigen Runden zu nennen: "Dillon-Runde" (1960-1962), die einen Ausgleich für die durch die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) verursachten Störungen des Handels von Drittländern sowie eine 20-prozentige Zolllenkung für eine breite Palette von Industriegütern vorsah. Die 'Kennedy-Runde' (1964-1967) erbrachte eine globale Zolllenkung von etwa 30 Prozent für Industriegüter." Ebd., S. 221.

130 Von den gesamten Ausgaben der EG umfaßt der Agrarfond z.B. 1993 50,9%. Vgl. V. Nienhaus, Der Haushalt der Europäischen Gemeinschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18, Apr. 1993, S. 35 (Tabelle 1)

Abkommen wie der "Uruguay-Runde" hängt der Interessenausgleich davon ab, ob und wie dieser "globale Liberalismus ohne Hegemon" politisch reguliert werden kann. Besondere Schwierigkeiten in der EG ergeben sich dabei hinsichtlich der Divergenzen im Agrarhandel zwischen Deutschland und Frankreich. Sie bedrohen auch das im November 1992 zwischen der EG und den USA vereinbarte Abkommen (sog. "Blair-House" Abkommen).

In der Uruguay-Runde geht es neben Fragen des Marktzugangs vor allem um die Überprüfung der GATT-Codices (Anti-Dumping, technische Handelshemmnisse wie Normen und technische Vorschriften, öffentliche Aufträge, Zölle und Einfuhrlicenzen). "Ferner geht es um das Thema staatlicher Subventionen und um die Frage von Schutzklauseln."¹³¹ Dazu sind neue Themen angesprochen worden: erstmals multilaterale Regeln und die stufenweise Liberalisierung im Dienstleistungshandel (z.B. Finanzdienstleistungen, Transport, Tourismus, Telecom oder freiberufliche Dienstleistungen). Das zukünftige Handelsregime würde daher, wenn diese Verhandlungsrunde erfolgreich verläuft, neu strukturiert.¹³² Die Schaffung der multilateralen Handelsorganisation (MTO) gilt als Schwerpunkt der Uruguayrunde. Unter diesem Organisationsdach sollen fortan drei gesonderte Bereiche - GATT (Warenhandel), GATS (Dienstleistungshandel), und TRIPS (Schutz des Geisteseigentums) - entfaltet werden¹³³. In der Konsequenz würden also die relativ exklusive Interessenpolitik und die sektoral differenzierte Regulierung die unilaterale globale Regulierung ("the lowest tariffs, the easiest access, the fewest restrictions" etc.) ablösen bzw. ergänzen.¹³⁴

In welchem Zusammenhang stehen nun die Veränderungen der internationalen Handelsbeziehungen und die Entwicklung der EG? Knapp gesagt, paßt die EG Entwicklung in die Transformation des GATT-Systems: weg von multilateralen Handelspraktiken hin zu einer posthegemonialen Regulation mit bilateralen und regionalen Sonderbestimmungen. L. Thurow erklärt in diesem Sinne: "The GATT-Bretton Woods trading system is dead. It died not in failure but at the normal end of a very successful life. Logically, a new Bretton Woods conference should now be under way. But politically, it cannot be called. Such a conference can only occur if there is a dominant political power that can force everyone to agree. In 1944 the United States was such a power (Germany and Japan

131 G. Langguth, a.a.O., S. 222

132 Die amerikanische Haltung zur GATT-Reform gibt folgende Passage wider: "A reformed GATT should concentrate on four key tasks. First, it could play a central role in assuring that bilateral, minilateral and regional agreements are multilateralized (...) Second, Gatt should build on its role as a 'depository' of trade agreements. This seemingly innocuous function is important because it discourages secret pacts and side letters to agreements that undercut multilateralism (...) Third, to deal with precedents and principles embodied in the proliferating number of bilateral and minilateral pacts, GATT members should agree that signatories of every new trade and investment pact must file a brief 'multilateral impact statement' (...) Fourth, GATT should encourage other procedural innovations to expedite the reinterpretation and evolution of common GATT rules." P.F. Cowhey/J.D. Aronson, A New Trade Order, in: Foreign Affairs, Vol 72, Nr. 1, 1992/93, S. 193.

133 Vgl. G. Langguth, a.a.O., S. 222.

134 Diese globale Regulierung ist folgendermaßen zu verstehen: "The best deal (the lowest tariffs, the easiest access, the fewest restrictions) given to anyone must be given to everyone-effectively prohibiting trading blocks. This system has been described as 'unilateral global Keynesianism'. It was unilateral in that the United States was 'single-handedly prepared to direct and maintain the system'. The dollar was the medium of exchange and the standard of value. Amerika was the manager of the system. It practiced 'global Keynesianism' (tightening monetary and fiscal policies when inflation threatened; loosening monetary and fiscal policies when recession threatened) so that it could be an economic locomotive for the rest of the world." L. Thurow, Head to Head, New York 1992, S. 56.

were not even represented) Today there is no such power. If the Uruguay round cannot succeed, much more fundamental negotiations certainly could not succeed".¹³⁵

Mit der Herausbildung der Triade geht eine zunehmende Tendenz zur Regionalisierung der Weltwirtschaft einher (EG, NAFTA, APEC/EAEG etc.). Konkurrierende regionale Interessen gewinnen an Gewicht. Sie lassen sich z.B. gut bei der Schwierigkeit der Interessenkoordination zwischen der EG und den USA im Fall der Agrarsubventionen erkennen. Somit charakterisieren die neuen Handelsbeziehungen andere Regulierungsformen als die des "reinen Handelsstaats". Es sind aber ebensowenig Formen der Blockbildung wie in den 30er Jahren. L. Thurow spricht heute von "quasi trading blocks with managed trade".¹³⁶ Als weltgrößte Handelsmacht richtet sich die Handelspolitik der EG angesichts der neuen globalen Regelungszwänge einerseits nach innen auf "die Vollendung der Liberalisierung" mittels des einheitlichen Binnenmarkts und nach außen auf "managed trade" wie z.B. im Bereich von Halbleiter- und Automobilhandel. Im Inneren zeigen sich jedoch in der EG nicht nur Formen des harmonischen Interessenausgleichs, sondern auch gegensätzliche Interessenkonflikte - beispielsweise zwischen französischen Agrar- und deutschen Industrieinteressen. Derartige Konfliktmomente können innerhalb der Gemeinschaft nur *politisch* ausgehandelt und gelöst werden.

Zwischenbilanz:

Die regulationstheoretische Interpretation der Post-Maastricht-Krise vermag also die Umstellung der Politik von der fordistischen Akkumulations- und Regulationskrise auf die nachfordistische Stabilitätsorientierung - in den entwickelten Ländern seit Mitte der 70er Jahre - zu begreifen. In der fordistischen Phase wurde die (keynesianische) Globalisierung durch internationale Regulationsmechanismen - wie das GATT, der IWF und die Weltbank etc. - unter amerikanischer Hegemonie ermöglicht. Diese globalen Regulationsinstanzen haben mit dem Hegemonieverlust der USA zunehmend an Wirksamkeit eingebüßt.

Als ein Wendepunkt von der fordistischen hin zur nachfordistischen Regulierung kann das Jahr 1979 gelten. Im EG-Raum entsteht das Europäische Währungssystem. Nach der Herausbildung des EWS wurde die nachfordistische Regulierung in der EG weiterhin durch den Globalisierungszwang ("Sachzwang Weltmarkt"), d.h. durch den zunehmenden Konkurrenzdruck zwischen den Triademächten und durch die - daraus abgeleitete, politisch vorherrschende - neoliberale Weltmarktmodernisierungsstrategie bestimmt. Die institutionellen, vertraglichen Grundlagen dieser Strategie wurden in den 80er Jahren durch das Weißbuch zum "Gemeinsamen Binnenmarkt" (1985), die EEA (1987) und schließlich durch den Maastrichter Vertrag (1991) stufenweise ausgebaut. Die zentralen Bestandteile dieser neuen Regulationsdimension waren die Deregulierungspolitik (im Bereich der Wirtschafts-, Sozial-, Beschäftigungspolitik) und die - auf die EG bezogene - Transnationalisierung der nationalen Regulationssysteme (im Bereich der Währungs-, Regional-, Forschungspolitik etc.). Der grundlegende Konflikt dieser Integrationsform besteht allerdings darin, daß die EG-Integration vor allem in Form der WWU beschleunigt werden soll, bevor noch die realwirtschaftlichen Divergenzen grundlegend gemindert sind. Insofern kann der vorherrschende Integrationsweg als monetäre Integration be-

135 Ebd., S. 65.

136 "I will call the blocks quasi trading blocks to distinguish them from the trading blocks of the 1930s. The quasi trading blocks of the 1990s will attempt to manage trade, but they will not attempt to reduce or eliminate it as the trading blocks of the 1930s did (...) Trade will be much freer within the blocks, but trade between the blocks will be managed by governments." L. Thurow, a.a.O. S. 66 und S. 77.

zeichnet werden. Sie zielt "auf durch monetäre Mechanismen stimulierte monetär-ökonomische Kohärenz, nicht aber auf real-ökonomische und soziale Kohäsion".¹³⁷

Ihre Kehrseite ist ein historisch beispielloser Deregulierungsvorgang. In seiner Folge vergrößern sich die realen Divergenzen in der EG, während der ökonomische Raum vereinheitlicht wird. Durch monetäre Konvergenz soll die Sozialpolitik dem Transnationalisierungszwang angepaßt und die Lohn- und Sozialsysteme zugunsten der ökonomischen Internationalisierung von der politischen Regulation abgekoppelt werden. Der Maastrichter Vertrag sollte diesen Kurs bis zum Jahre 1999 vollenden. Es ist jedoch abzusehen, daß bis zu diesem Datum nur wenige Länder diese - vor allem von der Bundesbank und der deutschen Regierung geforderten - Kriterien erfüllen können. Damit ist in der EG eine Integrationspolitik der "zwei- bzw. mehr Geschwindigkeiten" schon vorprogrammiert. Sollte aber die "Ankerwährung DM" als Stabilisierungssache überfordert sein, dann kann der Fahrplan bis 1999 auf keinen Fall realisiert werden. Die deutsche Einheit hat seit 1989/90 eine sprunghafte Zunahme der Neu- und Gesamtverschuldung, einen Anstieg der Inflationsrate und der Haushaltsdefizite bewirkt. Diese schwierige Lage in der BRD bedroht somit ernsthaft die Verwirklichung der WWU, d.h. den Kern des Vertrages über die Europäische Union.

Das Subsidiaritätsprinzip stellt auf jeden Fall keine ausreichende Alternative zum gemeinschaftlichen Ziel der "Europäischen Union" sowie zur Lösung der nationalstaatlichen Aufgabe bereit. Zudem hat die andauernde Wirtschaftsrezession trotz des "Sachzwangs" zur monetären Integration die Notwendigkeit der nationalstaatlichen Beschäftigungs-, Industrie-, Haushalts- und Sozialpolitik noch verstärkt.

Die Analyse der Post-Maastricht-Krise muß auch die Veränderung der internationalen Hegemoniekonstellation berücksichtigen. Die Notwendigkeit der monetären Integration auf regionaler Ebene ergibt sich schon daraus, daß die hegemoniale Position der USA erodierte. Die globalen Regulierungsinstitutionen wie GATT, IWF und Weltbank büßten daher einen Teil ihrer ursprünglichen Steuerungskapazität ein. Gleichzeitig erweist sich jedoch der Aufbau neuer, regionaler Regulierungsinstanzen - innerhalb der EG: das EWS, der Binnenmarkt und die WWU; und darüberhinaus andererseits die Verstärkung bilateraler Abkommen (z.B. zwischen USA und Japan, zwischen der EG und Japan) - als äußerst schwierig. Der Übergang von der stabilen fordistischen keynesianischen Globalisierung zur postfordistischen regionalen Steuerung bringt zunächst einen Zustand relativer Instabilität hervor.

Die Stabilität der postfordistischen Ordnung könnte entweder durch einen regionalen Hegemon oder durch eine engere Zusammenarbeit zwischen den Nationalstaaten erhöht werden. Derzeit ist es allerdings eine offene Frage, ob sich solche regionalen Hegemonialmächte überhaupt entwickeln und durchsetzen können. Ebenso ungewiß ist die Perspektive, daß sich durch die Zusammenarbeit der Nationalstaaten in der Triade neue internationale Regimes herausbilden, durch die die verloren gegangene Stabilität zurückgewonnen werden könnte.

Die in der zweiten Hälfte der 80er Jahre oftmals konstatierte hegemoniale Rolle Deutschlands im Bereich der Währungs- und Wirtschaftspolitik ist seit 1989 in Frage gestellt worden: sowohl durch die ökonomischen, finanziellen und sozialen Konsequenzen der deutschen Einheit als auch durch die veränderte Stellung der Nationalstaaten nach dem Ende des Kalten Krieges. Das Konzept der beschleunigten Integration, wie sie in den Verträgen von Maastricht mit dem Schwerpunkt der WWU vorgesehen ist, ver-

137 E. Altvater/B. Mahnkopf, Gewerkschaften ..., a.a.O., S. 98.

läuft dagegen in eine andere Richtung. Die Post-Maastricht-Krise der EG scheint durch diese Spannung charakterisiert und bestimmt zu sein: Die inneren sozialen und politischen Spaltungen in den Mitgliedstaaten nehmen zu und fordern damit Interventionen der nationalen Regierungen heraus. Ein handlungsfähiger und die Integration vorantreibender Hegemon ist nicht in Sicht. So schwindet auch der politische Wille zur Integration; das Gemeinschaftsinteresse löst sich nicht auf, verliert aber an Substanz. Für die kommenden Jahre besteht daher eine Konstellation, die die Europa- und EG-Politik eher auf die "Bewahrung des Bestehenden" (unter Einschluß der Ausdehnung einer Freihandelszone nach Nord- und Osteuropa) denn auf eine Dynamisierung der ökonomischen, monetären und politischen Vergemeinschaftung drängen dürfte.

5. Eckdaten für ein neues europäisches Gesellschaftsprojekt?

Die Zukunft der Integration hängt von folgenden Faktoren ab:

1. In der EG müssen mit der Schaffung eines neuen Akkumulationsregimes in den Bereichen Produktion, Technologie, Arbeitsorganisation sowie Unternehmensstruktur die Grenzen der fordistischen Entwicklung überwunden werden. Eine entsprechende Regulationsweise muß dabei nicht nur auf nationaler, sondern auch auf supranationaler Ebene entstehen. Bezogen auf dieses Modell der postfordistischen Regulation spricht vieles dafür, daß der "Schumpeterianische Leistungsstaat" den "Keynesianischen Wohlfahrtsstaat" beiseite drängt, denn er stellt für die "economies of scope" die passenden Regulationsformen bereit. Dabei muß alles daran gesetzt werden, die bürokratische Intervention aufzuheben und demokratische, autonome und solidarische Prinzipien zu stärken. So gesehen markiert das neue Prinzip eine Gegenposition zum liberalen Produktivismus¹³⁸ des Neokonservatismus bzw. Neoliberalismus. Es sichert nicht nur die ökonomische Effektivität, sondern auch vor allem die sozialpolitische Gestaltung.

2. Die EG steht mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus an einem entscheidenden Wendepunkt. Der Erfolg der Transformation im Osten ist für die Zukunft der EG von entscheidender Bedeutung. Die "alte EWG/EG" - als eine im Kalten Krieg entstandene Form, die sich auf die westeuropäischen Länder beschränkte - ist bereits historisch überholt. Indem die EG auf Osteuropa bezogene Initiativen in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Technologie und Sicherheit ergreift und die Transformation erfolgreich begleitet, könnte sie sich am besten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorbereiten¹³⁹. Wenn sich die EG jedoch abschottet, auf sich selbst zurückzieht und darauf ver-

138 "Liberal-productivism can be defined as the world view (or 'societal paradigm') which inspired the major turning point of the end of the 1970s, bringing to power Margaret Thatcher in Britain and Ronald Reagan in the United States (...) A rough attempt to define the 'societal paradigm' of liberal-productivism would be as follows: greater emphasis on the productivist techno-economic imperative, now 'categorical', and the disappearance of the very idea of an explicit choice of society deriving from democracy (invest because of the need to export, export because of the need to invest; fragmentation of social existence, with firms playing the role previously performed by the mother country (we must stand together against competitors), and the world market becoming the operating environment; a wide variety of ways to integrate the individual into the firm, from straightforward discipline to negotiated involvement, but all on the basis of the individual, not of collective individuality (class or job solidarity); an overall reduction of administrative-type solidarity based on belonging to a national collectivity, with 'civil society' (meaning quite simply the family) supposed to take over responsibility for what the welfare state can no longer guarantee." A. Lipietz, *Towards a New Economic Order ...*, a.a.O., S. 30 und S. 33f.

139 P. Kennedy ist der Auffassung: "Es müßten Pläne sein, welche die innere Entwicklung der EG fördern und zugleich mit den globalen Veränderungen fertigwerden - was auch heißt, das man ärmeren Nationen dabei hilft, sie zu bewältigen. Sollte Europa tatsächlich in der Lage sein, diese beiden Zielsetzungen miteinander zu versöhnen, wird es vielleicht herausfinden, daß das nächste Jahrhundert den Kontinent freundlicher be-

zichtet, Osteuropa bei der Bewältigung der Transformationskrisen massiv zu unterstützen, könnte sie im Triadeverhältnis der Verlierer sein. Die Zukunft Gesamteuropas wäre so mit vielfältigen Instabilitäts- und Unsicherheitsfaktoren belastet.

3. Die Regionalisierungstendenz verlangt Antworten auf die Frage, wie zwischen den konkurrierenden Partnern - d.h. zwischen EG, USA/Nordamerika-NAFTA, Japan/Südostasien-APEC/EAEG etc. - transnationale Regulationssysteme beschaffen sein müssen. Dabei handelt es sich im einzelnen um neue Handelsregimes, um neue Formen der internationalen Währungszusammenarbeit und um eine neue Sicherheitspolitik. So würde die Lösung der "Jugoslawien-Krise" und ein Kompromiß in der "Uruguayrunde" des GATT die Kohärenz in der EG nach innen und außen positiv beeinflussen.

4. Machtpolitisch muß der Interessenausgleich zwischen Frankreich und Deutschland - als den beiden Motoren der Integration - erneuert werden. Anfang der 90er Jahre haben sich die Interessendivergenzen zwischen beiden Ländern verstärkt, was nicht allein in der aktuellen Währungskrise zum Ausdruck kam. Bis zur deutschen Vereinigung stimmte im letzten Jahrzehnt die Integrationspolitik mehr oder weniger mit der Europapolitik Frankreichs überein. Nach dem Ende des Kalten Krieges stehen allerdings die deutsch-französischen Beziehungen erneut auf dem Prüfstand. Die EG könnte von ihrem Kernbestand her destabilisiert werden, wenn die Achse Bonn-Paris aufgrund unterschiedlicher Orientierungen - wie z. B. in der Währungskrise, in der Außenpolitik und im Außenhandel - zerbricht. Die Herstellung eines neuen Interessenausgleichs zwischen Deutschland und Frankreich wird in den 90er Jahren einen entscheidenden Faktor der Integration bilden.

5. Die Ära der Zwölfer-EG ist vorbei. Die EG wird in den kommenden Jahren durch den Beitritt der EFTA-Länder (die drei skandinavischen Länder und Österreich) erweitert. Deren Anpassung an die bestehenden EG-Strukturen und Normen in den Bereichen Währungs-, Wirtschafts-, Sicherheits- und Handels-, vor allem aber in der Agrarpolitik wird relativ leicht zu bewältigen sein. Die Beitrittsgesuche von drei osteuropäischen Ländern (Ungarn, Polen, Tschechische Republik) und von einigen Mittelmeerländern (z.B. Malta, Zypern und der Türkei) dürften dagegen für einen längeren Zeitraum auf dem Niveau von Assoziierungsabkommen gehalten werden. Allerdings kommt die EG bei einer Erweiterung nicht an einer institutionellen Umstrukturierung vorbei.

6. Ein zunehmendes Sozialgefälle zwischen den Regionen führt notwendig dazu, daß sich in der EG Modernisierungsgewinner und -verlierer einander gegenüberstehen. Schon jetzt zeichnet sich der regionale Bedeutungszuwachs für die "Blaue Banane" (von Südengland bis in die Lombardei) und für einen "Sonnengürtel" ab, der sich an der Mittelmeerküste von der Toskana nach Valencia erstreckt.¹⁴⁰ Die Einzelstaaten gruppieren sich nach verschiedenen "Kreisen". Deutschland liegt dabei im Zentrum der Hegemonie. Den zweiten Kreis bilden Frankreich, England und Italien sowie die Benelux-Länder und Dänemark. Im äußersten Kreis der Peripherie liegen die südeuropäischen Länder und Irland. Die neu beitretenden Länder würden dann dementsprechend im zweiten oder dritten Kreis eingegliedert werden. Damit verfestigt sich eine Struktur "konzentrischer Kreise"¹⁴¹; die Spaltung zwischen Zentrum und Peripherie belastet die EG-Integration, wenn sie nicht durch die erweiterte Mittelausstattung der Regional-, Kohäsions-, und Strukturfonds etc. modifiziert bzw. abgefedert wird. Daraus ergeben sich neue Anforderungen an

handeln wird, als es das gegenwärtige getan hat." P. Kennedy, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, a.a.O., S. 369.

140 Vgl. M. Bonder u.a., Deutschland in einer neuen Weltära, a.a.O., S. 114.

141 Vgl. J. Huffschild, Beschleunigung oder Krise der Integration? - Bemerkungen zur Rolle und inneren Verfassung der EG nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa, in: Z. Nr. 4, 12/1990, S. 29.

das Finanzierungssystem der EG, die ihrerseits - bis heute und auch in der absehbaren Zukunft - auf den harten Widerstand vor allem der "reicheren" Mitgliedstaaten stoßen.

7. Der antikommunistische Gründungskonsensus der EWG/EG ist nicht mehr tragfähig. Bei der sicherheitspolitischen "Identität" erreichen die Interessendivergenzen zwischen den EG-Staaten - wie auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik - den höchsten Intensitätsgrad. Kompromisse sind auf diesen Gebieten oft nur schwer zu erreichen. Die europäische Sicherheitspolitik besteht - auch nach der Ratifizierung von "Maastricht" - zunächst als "eine neue Form einer kooperativen Renationalisierung"¹⁴² fort. Diese wird allerdings die notwendige Umstrukturierung der NATO¹⁴³ weiter vorantreiben und eine Verstärkung des deutschen Einflusses in der NATO mit sich bringen. Die eindeutige europäische Option im Rahmen der WEU, des deutsch-französisch-belgischen Eurocorps und der KSZE ist bisher noch schwach entwickelt. Unterschiedliche Interessen im Fall der "Jugoslawien-Krise" haben die Probleme eines europäischen Interessenausgleichs in der Sicherheitspolitik nur allzu deutlich zutage gefördert. Sollte der EG im Übergang zum 21. Jahrhundert auf diesem Felde ein qualitativer Schritt in Richtung einer Interessenharmonisierung und institutioneller Vergemeinschaftungsformen gelingen, so würde sich der gesamte Integrationsprozeß stabilisieren und beschleunigen. Eine solche Perspektive ist jedoch derzeit nicht in Sicht. Sie könnte freilich durch neue gewaltsame und militärische Konflikte in anderen Teilen Osteuropas beschleunigt werden.

Die im Maastrichter Vertrag festgelegte Form und Methode der Integration ist die der *monetären Integration*. Diese Form setzt freilich voraus, daß eine zentrale Regierung oder eine hegemoniale Macht vorhanden ist, die nicht nur im Bereich der Währungs- und Wirtschaftspolitik, sondern auch der Handels-, Sicherheits- und Sozialpolitik die Rolle des Hegemons spielen kann. Es ist gerade das Fehlen dieses Elements in Europa, das zu einer eher skeptischen Bewertung der Erfolgsaussichten der WWU Anlaß gibt.

Nach dem Scheitern der EVG- und EPZ-Projekte in den frühen 50er Jahren - mit ihrer Schwerpunktsetzung im Bereich der militärisch-politischen Zusammenarbeit - wurde mit der Gründung der EWG die wirtschaftliche Integration in den Vordergrund gerückt (Römische Verträge). Analogien zur aktuellen Entwicklung drängen sich auf: "Ähnlich wie nach dem Scheitern der europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Jahr 1954 wäre zur Fortführung des europäischen Integrationsprozesses ein neuer Ansatz notwendig gewesen. Damals konnte er in der EWG gefunden werden - aber heute?"¹⁴⁴ Die gegenwärtige Krise der EG ist zunächst auf die Abwesenheit eines Hegemons bzw. auf die Überforderung des potentiellen "Euro-Hegemons" Deutschland zurückzuführen. Überdies beschleunigten aber auch der Zusammenbruch des Realsozialismus, die deutsche Wiedervereinigung und die daraus entstandene Transformationsprobleme im Osten die Integrationskrise. Die gesamte Europapolitik steht damit vor neuen Herausforderungen. Die Zukunftsperspektiven der EG hängen in hohem Maße sowohl von der Bewältigung

142 Vgl. H. Trento-Hulger, Aus den "Thesen zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)", die in Marburg Mai 1993 im Zusammenhang FEG- und STEI-Sitzung referiert wurde. S. 2.

143 Vgl. dazu C. Tuschhoff, Die politischen Folgen der Streitkräfte-Reform der NATO, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15-16, 9. 4. 1993, 28f; ebenso R. D. Asmus, R. L. Kugler, F. S. Larrabee, Building a New NATO, in: Foreign Affairs, Summer 1993, S. 28ff. In diesem Beitrag erklären die Autoren folgendes: "And without a strong Germany that fully participates in new security roles, including combat missions, the likelihood of an American withdrawal from Europe increases. More than any other country, Germany has an interest in seeing NATO move toward extended collectively security." Vergleiche auch den Beitrag von W. Pfaff im selben Heft zur neuen Rolle und zum Umfang der neuen NATO. W. Pfaff, Invitation to War, in: Foreign Affairs, Summer 1993, S. 97ff.

144 K.P. Weiner, Europa am Scheideweg, a.a.O., S. 76.

des Strukturwandels der kapitalistischen Akkumulations- und Regulationszusammenhänge im Westen, als auch von der Regulierung der Transformationskrise im Osten ab.

Regimetheoretische Ansätze haben einen bedeutenden Beitrag zur Analyse der zwischenstaatlichen Beziehungen im post-hegemonialen Zeitalter geleistet. Dennoch sind auch die Erkenntnisgrenzen dieses Ansatzes zu reflektieren; denn die institutionelle Systemregulierung durch Regime und Interdependenz ist nicht als Bedingung, sondern vielmehr als Resultat solcher Machtbeziehungen anzusehen. Der jeweilige Regulationsmodus einer Formation der kapitalistischen Entwicklung basiert demnach auf der Tradition der nationalen Klassenkämpfe, der Entwicklung der Sozialstruktur und der erfolgreichen Umstrukturierung der Akkumulationsstruktur. Die europäische Integration würde daher eine völlig andere Richtung einschlagen, wenn sie - über den Nationalstaat hinaus - eine gemeinsame Sozialpolitik durchführen, das demokratische Verfahren konkretisieren, ökologieorientierte Produktionskonzepte entwickeln und als effektiver Hebel der technischen und finanziellen Hilfe sowie als Absatzmarkt sowohl für den in die Transformationskrise geratenen Osten als auch für die Entwicklungsländer fungieren würde. Eine solche Orientierung hätte eines neues hegemoniales Projekt europäischer und internationaler Politik zur Voraussetzung.

A. Lipietz betont die Notwendigkeit der Herausbildung einer "non-aggressive international economic order"¹⁴⁵. Dieser schreibt er die folgenden Aufgaben zu: "What would be the macroeconomic policy of an alternative Europe? There would be a concerted reduction in working hours¹⁴⁶, and social welfare contributions would be organized Europe-wide to finance a social welfare programme which would be brought gradually into line with the most advantageous of the previous schemes. It would issue credit money to finance transfers to the poorer regions, and to boost investment in infrastructure and education. It would protect its non-productivist growth by co-development agreements with countries of the South"¹⁴⁷. In vier Punkten konkretisiert er dieses Projekt: "a new wages pact, based on the negotiated involvement of workers in exchange for control over the introduction of new technologies, a dynamic guarantee of employment, and an increase in free time; the development of the welfare state into a welfare community, with the setting up of a third sector of community work schemes which would be self-managed, contractually bound to end-users, and part of a logic of local development founded on partnership; a new world order based on multilateralism, with an international credit money, abolition of debt, and social clauses on free trade; development choices at the local level giving greater importance to the ecological optimum, and an international agency for the protection of the common domain of humanity"¹⁴⁸.

Die im Maastrichter Vertrag festgelegte Integrationspolitik beschränkt sich dagegen angesichts des Globalisierungs- und Internationalisierungsdrucks hauptsächlich auf die

145 A. Lipietz, *Towards a New Economic Order ...*, a.a.O., S. 111ff.

146 In ähnlichem Zusammenhang weist A. Gorz auf die "Arbeitszeitverkürzung als Gesellschaftsvertrag" hin. Vgl. dazu A. Gorz, *Und jetzt wohin?*, Nördlingen 1991, S. 152-174. Auch B. Lutz weist bereits seit längerem auf die Notwendigkeit eines neuen Gesellschaftsvertrages hin: Hierzu "scheint eine neue Prosperitätskonstellation allenfalls dann realisierbar, wenn es gelingt: ein *Zielsystem* zu finden, das ex ante (und nicht erst, wie bisher, Zug um Zug mit der Entfaltung der neuen Prosperitätskonstellation) *sehr hohe Mobilisierungskraft besitzt*, das *Ordnungsmuster*, das die Ausrichtung der Partikularinteressen und der Formen ihrer Durchsetzung an diesem Zielsystem sicherstellt, *explizit* (und nicht über scheinbar spontane und natürliche Prozesse) *herzustellen*." B. Lutz, *Der kurze Traum ...*, a.a.O., S. 265f.

147 A. Lipietz, *Toward a New Economic Order ...*, a.a.O., S. 137.

148 Ebd., S. 144f

kurzfristigen und direkten Anforderungen der Triadekonkurrenz. Damit trägt sie selbst noch dazu bei, die Legitimationsgrundlagen transnationaler Vergesellschaftung und Politik im Inneren auszuhöhlen. Nach Außen versagt diese Politik gegenüber den Herausforderungen der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges. Insbesondere entsteht aus ihr die Gefahr einer Verstärkung nationalistischer Tendenzen. Die dringend notwendige Erneuerung der nationalen und internationalen Regulationsformen nimmt sie jedoch nicht in den Blick.

FEG Studien

Nr. 1: Michael Felder, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung,
(September 1992) UKB 20 DM (vergriffen)

Nr. 2: Hans-Jürgen Bieling, Nationalstaat und Migration im "Postfordismus" -
Gewerkschaften vor der Zerreißprobe,
(September 1993) UKB 25 DM